

Zeitungsbreite:
Hauptstadt Berlin.
Verlag: Moritzplatz 151/55-97

VORWÄRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151/55-97

Donnerstag, den 16. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Zentrale: Moritzplatz 117/53-54

Das Vertrauensvotum angenommen.

220 Ja. - 185 Nein. - 16 Enthaltungen. - Sezession der USP.

Das Ergebnis der Abstimmung am 15. Februar ist für Deutschland erfreulich, für die Koalition ermutigend, für die Opposition beschämend. Es ist für Deutschland erfreulich, weil die Sorge einer kopflosen Krise mit unabsehbaren Verwicklungen verschwendet worden ist.

Der Handstreich der Rechten ist mißlungen, weil die unabhängige kommunistische Hilfsmannschaft zum großen Teil versagte. Sonst war man auf der Rechten sehr froh, die fast volle Belegung der Bänke zeigte, daß man es mit der Absicht, die Regierung zu stürzen, bitter ernst nahm.

Ebenso vollzählig, wenn nicht noch vollzählig, waren die Koalitionsparteien angetreten. Namentlich die Sozialdemokratische Fraktion hat ihre Erklärung, sie werde alle ihre Stimmen in die Waagschale der Entscheidung werfen, voll eingeholt.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich auf den Bänken links von der Sozialdemokratie. Schon die Kommunisten hatten mit 4 Abwesenden von insgesamt 26, eine verhältnismäßig hohe Fehlziffer, sie betrug immerhin schon über 16 Prozent, gegen weniger als 1 Proz. bei der Sozialdemokratischen Fraktion.

Hätten die 27 fehlenden Kommunisten und Unabhängigen, entsprechend ihrem Fraktionsbeschluss, mit Nein gestimmt, so hätte sich folgendes Bild ergeben: 220 Ja, 212 Nein, 16 Enthaltungen, das heißt, der Sieg wäre so knapp und angesichts der vielen Enthaltungen so zweifelhaft gewesen, daß die Regierung kaum am Leben geblieben wäre.

Unter den 27 fehlenden Abgeordneten der äußersten Linken befinden sich 11 Unabhängige, von denen bekannt ist, daß sie sich absichtlich der Abstimmung fernhielten, weil sie den Fraktionsbeschluss, mit Stinnes und Helfferich zusammen mit Nein zu stimmen, für falsch hielten.

Die Bänke der Sozialdemokratischen Fraktion waren voll, weil hier Einigkeit und gutes Gewissen vorhanden waren. Die Bänke der Unabhängigen waren halbleer, weil hier die Einigkeit sowohl wie auch das gute Gewissen fehlten.

Das ist aber für die USP immer noch viel befriedigender und ehrenvoller gewesen, als wenn diese Partei tatsächlich im Bunde mit Stinnes und Helfferich den Sturz der Regierung Wirth-Bauer-Rathenau herbeigeführt hätte.

Das scheint man in der USP-Fraktion allgemein zu begreifen, denn nach der Verkündung des Ergebnisses sah man bei ihr nur vergnügte Gesichter. Mit einem allgemeinen Uff der Erleichterung begrüßte man es, daß die andern gesiegt hatten.

Die Bänke der Unabhängigen aus ihren Erfahrungen lernen und dazu kommen, mit der Sozialdemokratie zusammen sachliche Arbeiterpolitik zu treiben. Sie müssen es selber empfunden haben, wie Müller-Frankens 5-Minuten-Rede gleich einem Windstoß den ganzen Dittmann-Crispienischen Abwärtenebel in Flöden zerblies.

Die blamiertesten Europäer bei der ganzen Geschichte sind freilich die Herrschaiten von der Deutschen Volkspartei. Sie hatten sich einbebildet, wenn sie einmal kräftig ins Gewicht gingen, müßte alles vor ihnen zusammenknicken.

Die gegen den Reichskanzler das schärfste Mißtrauen. Am Dienstag fanden sie sich schon wieder, als ob nichts gewesen wäre, in der Reichskanzlei ein und schienen nicht übel geneigt, unter demselben Reichskanzler, dem sie soeben noch aus schärfster Mißtraut hatten, Minister zu werden!

Der Reichstag hat der Regierung ganz unzweideutig das Vertrauen ausgesprochen, und sie kann, auf eine tragfähige Mehrheit gestützt, die Geschäfte weiterführen. Diese Mehrheit besteht fast zur Hälfte aus Sozialdemokraten, das Mißlingen des gegen sie versuchten Anschlags ist dem verständigen Verhalten eines Teils der Unabhängigen zu danken.

Wir haben die Regierung nicht herausgehauen, um eine Scharfmacherpolitik zu decken, deren sie von den USP-Redehelden vornehmlich geziehen worden ist. Wir werden jetzt, nachdem die Gefahr der Krise beschworen ist, über manches noch deutlicher reden können als bisher.

Die Regierung und die Parteien, die gestern für sie stimmten und siegen, haben keine Zeit, sich auf ihre Vorbeeren auszurufen. Die harte und schwere Arbeit der Finanzreform muß unverzüglich in Angriff genommen werden. Für sie ist in interfraktionellen Verhandlungen mit dem bekannten Ergebnis brauchbare Vorarbeit geleistet worden, die auch dadurch nicht unbrauchbar wird, daß die Volkspartei nach der Ernennung Rathenous zum Außenminister plötzlich ihr sachliches Urteil über sie änderte.

Das Volk hat die Lehre der letzten Tage: Das Volk hat die Kullenschleiberei und die Krisenmacherlei satt bis oben. Treiben wir mit offen, die guten Willens sind, im Interesse der Massen des schaffenden Volkes nüchtern, sachliche, praktische Politik! Dann kommen wir durch!

Das Abstimmungsergebnis. Von den abgegebenen 421 Stimmen entfielen 220 auf das Vertrauensvotum, 185 sprachen sich für „Nein“ aus, 16 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

- 107 Sozialdemokraten, 38 Demokraten, 67 Zentrum, 4 Bayerischer Bauernbund, 2 Bayerische Volkspartei, 2 Weissen.

Die Mehrheit besteht also in erster Linie aus der Sozialdemokratischen Partei (von deren 108 Abgeordneten nur der nach einer Operation daniederliegende Gen. Seemann (Ostpreußen) gescheit hat), der Zentrumskfraktion, von deren 72 Mitgliedern 68 an der Abstimmung

Anzeigenpreis:
Die Jahrgeweisene Konsumverzeichnisse
Anzeigen für die nächste Periode
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden.

teilgenommen haben, und den Demokraten, deren 40 Mann starke Fraktion nur 2 Fehlende aufzuweisen hat.

Die 4 Abgeordneten des Bayerischen Bauernbundes, Bachmeier, Eisenberger, Fehr und Rauschmayr, stimmten einheitlich für die Regierung.

Von der Bayerischen Volkspartei gaben die Abgeordneten Ponschab (Gutsbesitzer in Ingolstadt) und Schirmer (Arbeitersekretär in Passing) für das Vertrauensvotum ihre Stimme ab, während die Abgg. Mayer (Botschafter in Paris) und Schwarzer fehlten. Die anderen 16 enthielten sich der Abstimmung.

Die Weissen Alpers, Colshorn, Langwort, Sievers stimmten mit der Mehrheit, während der weisliche Graf Bernstorff fehlte.

Von der Deutschen Volkspartei fehlten etwa 5 Mitglieder; die Abgg. Heinze und Raumer entfernten sich vor der Abstimmung, während v. Kardorff und Frau v. Oheimb mit der übrigen Fraktion gegen die Regierung stimmten, wie man hört, mit der Begründung, daß die Partei geschlossen sein müsse, wenn es zur Auflösung käme.

Die Unabhängigen fielen bei der Abstimmung glatt auseinander. Von ihren 61 Mitgliedern stimmten gegen die Regierung nur folgende: Frau Agnes, Albrecht, Beckmann, Bod, Bruchardt, Crispian, Dittmann, Ged-Offenburg, Henke, Hoffmann-Schmargendorf, Horn, Karsten, Kuhn, Kunert, Künstler, Ledebour, Dr. Löwenstein, Ludwig, Rehrhof, Mittwoch, Dr. Nofes, Frau Remitz, Pieper, Rosenmann, Dr. Rosenfeld, Sauerbren, Schirmer, Schwarz, Seidel, Simon, Soldmann, Frau Wurm, Zubeil. Gefehlt haben von der USP-Fraktion: Brandes, Dr. Breitscheid, Breunig, Brihi-Berlin, Dismann, Ernst, Fleißner, Herz, Frau Karch, Lipinski, Merkel, Dettinghaus, Buchta, Kautz, Kuffel, Seger, Frau Sender, Staub, Unterleitner, Vogtherr, Frau Wulff, Frau Ziegler. Von diesen 23 Fehlenden hatten sich etwa ein Dutzend erst unmittelbar vor der Abstimmung entfernt.

Von den Kommunisten beider Fakultäten fehlten: Düwels, Eckard, Eichhorn, Frau Jettin. Die übrigen stimmten mit Hergt, Stinnes und Crispian mit „Nein“.

Der Reichstag, über dessen vorherige Arbeit wir an anderer Stelle berichten, ging um 4 Uhr zur politischen Debatte über.

Der Antrag der Regierungsparteien lautet:

Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei lautet: Der Reichstag mißbilligt: 1. daß der Reichskanzler die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar wegen offener Verleumdung nicht angewendet hat; 2. daß der Reichskanzler im Widerspruch mit den Erklärungen der Reichsregierung mit Reichsgewerkschaftsführern verhandelt hat vor Beendigung des Streiks; 3. daß der Reichskanzler in bezug auf die disziplinare Behandlung von Dienstvergehern Zusagen gemacht hat, die namentlich im Zusammenhang mit seiner Rede in der Reichstagskammer vom 10. d. M. die Staatsautorität zu gefährden drohen und die pflichttreuen Beamten demütigen. Der Reichstag spricht deshalb dem Reichskanzler Dr. Wirth sein Mißtrauen aus.

Ein deutschnationaler Antrag spricht ebenfalls dem Reichskanzler das Mißtrauen aus.

Ein unabhängiger Antrag sagt: Der Reichstag mißbilligt, daß eine Ausnahmerechnung gegen die streikenden Beamten erlassen wurde und durch sie unter Bruch der Verfassung das Streikrecht der Beamten aufgehoben hat, daß die Regierung den Achtundzweiangestastet und die Verhandlungen mit den Streikenden abgelehnt hat, und daß sie Maßregelungen trotz ihrer Erklärung vornehmen will; dem Reichskanzler wird das Mißtrauen ausgesprochen. - Kommunistische Anträge fordern außerdem Einstellung der Disziplinarverfahren, Freigabe beschlagnahmter Gewerkschaftsgelder, Aufhebung von Verhaftungen.

Abg. Hergt (Dnat.) stellt an den Reichskanzler die Anfrage, ob er den von den Regierungsparteien eingebrachten Antrag für geeignet hält, die von ihm gewünschte Klarheit zu schaffen.

Abg. Crispian (U. Soz.): Die große Bewegung der Eisenbahner kann man nur verstehen und würdigen, wenn man die großen ökonomischen und sozialen gegenwärtigen Umwälzungen in Deutschland erkannt hat. Die Eisenbahnbeamten sind ins Proletariat hinabgedrückt worden. Durch die Erklärung der Reichsregierung, daß sie von ihrer Scharfmacherpolitik gegen Arbeiter und Beamte nicht abgehen will, sind die Grundrechte der Arbeiterschaft bedroht. Die erste Kanzlerrede wurde gehalten im Rahmen der Koalitionsregierung, für die zweite ist der Kanzler persönlich verantwortlich. Auch die Minister Gröner und Hermes haben sich gegen die Beamten und Arbeiter gewandt.

Die Maßregelungen

nehmen von Tag zu Tag zu (Hört, hört!) Auf dem Bahnhof... (Lebhaftes Hört, hört!) Größtenteils sind diese Vorgänge vor dem Erlaß der Richtlinien eingeleitet worden.

Den Antrag der Regierungsparteien können und wollen wir nicht durch Stimmenthaltung begünstigen.

(Lebhaftes Hört, hört!) Dieser neue Vorstoß der Reaktion muß mit einem glatten Nein beantwortet werden. Das Proletariat sagt: Bis hierher und nicht weiter.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Herr Herrg hat mich gefragt, wie ich zu dem Antrag der Regierungsparteien stehe. Zunächst haben einmal die Regierungsparteien zu ihrem Antrag Stellung zu nehmen.

Reichsverkehrsminister Orömer: (Zurufe der äußersten Linken: Hundsbitt!) — Abg. Adolf Hoffmann erhält einen Ordnungsruf.) Die von dem Abg. Crispian erwähnten Dinge liegen vor dem Bekannwerden der Richtlinien.

Abg. Dr. Veleszen (Dem.): gibt für die demokratische Fraktion folgende Erklärung ab: Die Fraktion hält die Behauptung, daß zwischen den Worten und Taten der Regierung ein Widerspruch... für unzulässig.

Abg. Dr. Cerei (Komm. Arb.-Bem.): Innenpolitik und Außenpolitik des Kanzlers bilden ein Ganzes.

Abg. Dr. Veleszen (Dem.): gibt für die demokratische Fraktion folgende Erklärung ab: Die Fraktion hält die Behauptung, daß zwischen den Worten und Taten der Regierung ein Widerspruch...

Abg. Koenen (Komm.): Die Unabhängigen haben diese Regierung, die sozial auf dem Kerchholz hat, durch ihre Unterstützung erst ermöglicht.

Abg. Dittmann (U. Soz.): Trotz der Neuordnung des Reichsverkehrsministeriums werden noch immer Beamte, die sich zum Dienst melden und auf die erwünschte Neuordnung zutritt, zurückgewiesen.

Abg. Leicht (Bagr. Bp.): erklärt im Namen seiner Fraktion: Die gestellten Mißtrauensanträge lehnen wir ab mit Rücksicht auf die Fortführung der Außenpolitik.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Wir hatten eigentlich keine Absicht, hier eine Erklärung abzugeben. Alle diese Reden, die hier gehalten wurden, entspringen aus der Furcht, das Vorgehen der Parteien könnte draußen im Lande nicht verstanden werden.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Wer die Debatten von heute hier angehört hat, kann das kaum bezweifeln. (Sehr wahr! in der Mitte.) Wer nicht mit Blindheit geschlagen ist...

Abg. Marx (Ztr.): Wird die Regierung gestürzt, stehen neue Sanktionen bevor. (Stürmischer Widerspruch rechts.)

Die Abstimmung. Die Aussprache ist geschlossen, es folgt die Abstimmung. Der Präsident stellt fest, daß zunächst über den Vertrauensantrag der Regierungsparteien abgestimmt wird.

Mit 230 gegen 183 Stimmen wird das Vertrauensvotum in namentlicher Abstimmung angenommen. 16 Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten.

Das Ergebnis der Abstimmung wird bei den Regierungsparteien mit lebhaftem Beifall und Händeclatschen angenommen.

Am Schluß der Sitzung teilte Präsident Bobs mit, daß das endgültige Ergebnis der Abstimmung folgendes ist: Es wurden abgegeben 421 (nicht 431) Stimmen.

Die Stunden vor der Entscheidung. Ueber die letzten Verhandlungen, die der entscheidenden Plenarsitzung vorausgingen, meldet der Sozialdemokratische Parlamentarierdienst:

Am Mittwoch vormittag 10 Uhr hatten beim Reichskanzler noch einmal Vertändigungsverhandlungen auch mit der Deutschen Volkspartei stattgefunden.

Es ist kein Geheimnis, daß bei all diesen Verhandlungen auch die Frage der arabischen Koalition immer wieder auftaucht.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Mit Zustimmung der Reichsregierung werden ab 13. Februar 1922 für das preussische Staatsgebiet folgende neue Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung in Geltung gesetzt:

Table with 4 columns: Category, A, B, C, D und E. Rows include support for men and women in different family and income situations.

Anlaß für die Erhöhung der Unterstüßungssätze ist die bevorstehende Erhöhung des Brotpreises, die etwa Mitte des Monats eintreten wird.

Bunte Schüssel. Konzertumschau von Kurt Singer. Am die Bombe lautlos geplatzt ist, ein Blüdgänger, der ausfah wie ein Hüllennwert, dort und nach vom Fall Weingartner gesprochen werden.

trah übertrieben. Cassirer bringt diesen „Krämerspiegel“ umbefangen und kostbar heraus. Ueber Kanns großartiges Chorwerk: „Ritter Erde“ muß einmal besonders gesprochen werden.

Wölfe in Deutschland. Aus Gera in Reuß kommt die Nachricht, daß im Walde zwischen den Nachbarorten Gommla und Reumühle a. d. Elster ein Wolf gesehen worden sei.

1895 (bei einer Treibjagd in der Nähe von Ludau). Viel Wölfe gab es früher in den weiten Oednissen der Lüneburger Heide. Dort wurde der letzte Wolf, ein außerordentlich starker, fast silbergrauer Rüde, 1872 im Beckliner Holze bei Telle geschossen.

Elisabeth Reithberg vom Landestheater zu Dresden gastierte Donnerstag als „Pamina“ in der „Zauberflöte“ und am Sonnabend als „Blüchli“ in der „Taschener“.

# Das Reichsmietegesetz.

Der Reichstag beriet gestern vor der politischen Debatte und Abstimmung das Reichsmietengesetz weiter.

Abg. Bahr (Dem.): Die allgemeine Rottlog erlaubt die völlige Befreiung der Mietenzwangswirtschaft nicht. Das Gesetz bringt eine Art Sozialisierung, wenn auch Silberhämmer unter Sozialisierung was anderes versteht. Gemäß darf das Privatinteresse nicht ausschlaggebend sein und das Eigentum muß sich gewisse Beschränkungen gefallen lassen. Trotzdem wollen wir jedoch das Privateigentum recht bald wieder herstellen.

Abg. Jand (S. Sp.): Das Gesetz ist unpraktisch und undurchführbar. Alle Befehle, die aus dem Reichsarbeitsministerium kommen, befehlen uns eine

## Beamtenvermehrung.

Das Gesetz ist auch verfassungswidrig. Die Reichsregierung hat nach der Verfassung im Wohnungswesen nur die Grundzüge festzusetzen. Das Gesetz ist in und für Berlin gemacht. Wir lehnen die zentralistische Gesetzesmacherei ab. Das Gesetz ist antisozial. Dem Hausbesitzer ist es unmöglich gemacht, die Kriegerrückstände und den Schieber vor sich zu behandeln.

Ministerialdirektor Dr. Ritter: Das Gesetz hat die Zustimmung des Reichsrats gefunden, es ist gar nicht zentralistisch, denn den Landesbehörden bleibt ein weiter Spielraum. Auch wird durch das Gesetz nicht ein einziger Reichsbeamter mehr eingestellt werden müssen. Im Reichswirtschaftsrat haben hervorragende Sachverständige an dem Gesetz mitgearbeitet.

Abg. Teuber (Komm.) verwirft das Gesetz.

10 Minuten vor 4 Uhr wird die Beratung des Reichsmietengesetzes unterbrochen und in die weitere Besprechung zur Erklärung der Reichsregierung zu dem Eisenbahnerstreik eingetreten. Da aber einzelne Fraktionen noch beraten, unterbricht der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr.

Nach der politischen Abstimmung sprachen zum Reichsmietengesetz noch die Abg. Hendemann (Komm.), Jsemann und Bellin (Zent.). Die Abstimmungen erfolgen morgen; außerdem deutsch-sowjetischer Schiedsgerichtsvertrag, keine Vorlagen.

Schluß 7 Uhr.

# Wenn Staatsanlagen privatisiert werden!

Im Hauptausschuß des preussischen Landtages gab es am Dienstag eine aufsehenerregende Enthüllung. Eine Mitteilung des Genossen Hue, wonach die Westfälische Transport-N.G. sich ein Monopolrecht auf den Dortmund-Ems-Kanal anmaßt, indem sie das Befahren von Kohlenfähnen verhindert, wenn nicht ihre Schlepper, sondern die anderer Firmen gemietet werden, sandte heftigen Widerspruch eines an der Westfälischen Transport-N.G. beteiligten Abgeordneten. Genosse Hue versprach, für diese Behauptung dokumentarische Unterlagen dem Ministerium zur Verfügung zu stellen. Im weiteren Verlauf der Debatte wurden aber noch Feststellungen getroffen, die geeignet sind, die Praktiken der Privatmonopolisten blühartig zu beleuchten und ihr Sehnen nach Privatisierung des Duisburg-Ruhrorter Hafens verständlich zu machen.

Für den Ausbau der Hafenanlagen in Emden fordert der Haushalt über 51 Millionen Mark. Nach der auffälligen Tatsache befragt, warum Emden nicht wie Duisburg-Ruhrort Ueberschüsse bringt, erklärte die Regierung, daß die dortigen Anlagen seit 20 Jahren an eine Privatgesellschaft vermietet sind. Diese Gesellschaft, dieselbe Westfälische Transport-N.G. (Stahlwerkverband, Roheisenverband und Kohlenindustrie), zahlt einen Pachtpreis, der einer Proz. Verzinsung des Anlagekapitals entspricht! Daneben soll dem Staat die Hälfte des Reingewinns zusteigen. Von solchem Reingewinn ist aber seit dem Jahre 1911 nicht mehr die Rede gewesen! Die Westfälische Transport-N.G. macht aber um so bessere Geschäfte. Sie verleiht im letzten Jahre 15 Proz. Dividende und 10 Proz. Bonus.

Diese Tatsachen sind einfach skandalös, und unsere Genossen beantragten sofort, daß die Regierung eine Denkschrift mit genauen Angaben über die Verhältnisse vorlegt. Der Ausschuß beschloß, dem zu entsprechen. Nach diesen Vorgängen wird die Sehnsucht der Monopolisten auf Privatisierung der Anlagen von Duisburg-Ruhrort verständlich.

# Wirtschaftsbeihilfen und höhere Beamte.

Die gestern früh gemeldete Regelung der Wirtschaftsbeihilfen für Beamte hat in den Kreisen der höheren Beamten die stärksten grundsätzlichen Bedenken ausgelöst. Die Pressestelle des Reichsbundes der höheren Beamten läßt durch Wolffs Telegraphenbureau folgende Rundgebung verbreiten:

Bei den Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen im Reichsfinanzministerium über die vom Reichstag beschlossenen Wirtschaftsbeihilfen für die Beamten, die eine Übertragung der der Staatsarbeitern, unter Anlehnung an die Lohnverhältnisse der Privatindustrie, gewährten Uebersteuerungszuschüsse auf die Beamten darstellen, hat der Reichsbund der höheren Beamten die stärksten grundsätzlichen Bedenken gegen eine solche Regelung geltend gemacht. Der Reichsbund steht in der Absicht, die Beamtenbefragung von den der wirtschaftlichen Konjunktur unterworfenen Arbeiterlohnverträgen abhängig zu machen, eine völlige Verkennung der besonderen Verhältnisse des Berufsbeamtentums und eine Gefährdung der dadurch bedingten Grundlagen der Beamtenbefragung. Zugleich bedeutet die Gewährung einer für alle Befragungsgruppen gleichen Wirtschaftsbeihilfe, selbst wenn sie, wie diesmal, nur für einzelne Teile in Frage kommt, einen erneuten Schritt auf dem Wege zur Einebnung der Gehälter und damit zur Beseitigung des Leistungsprinzips, an dessen Aufrechterhaltung Staat und Beamtenschaft das gleiche Interesse haben.

Selbst auf die Gefahr hin, das Mißfallen der höheren Beamten zu erregen, müssen wir schon sagen, daß diese Kreise alle Ursache hätten, einstweilen hübsch still zu sein. Wenigstens so lange, bis ihre verhältnismäßige Bevorzugung bei den Steuerabgaben nicht mehr in so frischer Erinnerung ist. Ganz abgesehen davon, daß sie nicht nur nach Meinung der unteren und mittleren Beamten auch bei der letzten Gehaltsregelung recht gut abgeschnitten haben.

Klassische Antwort. Die Deutschnationalen hatten im Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, ob das Ritz aus „Gib von Verdingen“, auf das der Königsberger Polizeipräsident Gen. Pabbe in einer Zeitungspolemik hingewiesen hatte, um dem dortigen deutschnationalen Blatte das Maß seiner Abtönung genau anzuzeigen, das neue klassische Antideutsch darstelle. Die klassische Antwort der Regierung lautet: „Nein“.

Oreter. Der Ortsvorstand Braunshweig der USPD. hat auf einstimmigen Beschluß an den Bezirksvorstand den formellen Antrag auf Ausschluß Oreter aus der Partei gestellt. Denselben Beschluß haben die USPD-Vertrauensleute und die Parteibeamteten gefaßt.

Der deutsche Gesandte in Tiflis, Genosse Ulrich Kauzler, ist in Berlin angekommen.

# Frankreich und Rußland.

Wir können die Befürchtungen, die ein Teil der deutschen Presse an die Nachricht von dem Abschluß eines russisch-französischen Vorabkommens knüpft, nicht teilen. Es ist bekannt, daß Frankreich für die Konferenz von Genua einen möglichst großen Bloß getreuer Basillenspaaten sucht. Es rechnet mit der Geiselschaft der Kleinen Entente und bemüht sich seit einiger Zeit um die Baltischen Randstaaten und Sowjetrußland, indem es ihnen als Köder Ansprüche auf deutsche Reparationen in Aussicht stellt. Möglich, daß Frankreich darüber hinaus im Auge hat über Kleinasien und Rußland einen gewissen Druck auf England auszuüben und auch auf diesem Wege sein gegen Deutschland gerichtetes Programm durchzuführen. Ebenso verständlich ist es, wenn Sowjetrußland diese Gelegenheit benützt, um sich durch ein Zweifrontenspiel in Genua Lust zu verschaffen. In Kleinasien reichen sich die beiden Militärmächte Europas die Hand. Soweit ist also ein Zusammengehen zwischen Frankreich und Rußland nicht unwahrscheinlich und Kadeks französischfreundlicher Redefeldzug, dem gegenüber der klügere und diplomatischere Krassin recht zurückhaltend ist, wenn er auch Frankreich einige artige Verbeugungen macht, ist nur die folgerichtige Ausstrahlung dieser Politik.

Anders verhält es sich mit dem angeblich zum Abschluß gelangten Abkommen zwischen Frankreich und Rußland, das in der Form, wie es veröffentlicht wurde, eine politische Kinderei genannt werden muß. Danach würde Rußland sich verpflichten, „seine im Versailler Friedensvertrag von der übrigen Entente ihm zugesicherten Rechte auf Wiederherstellungstonte (Reparationen)“ an Frankreich abzutreten, während Frankreich dafür als Gegenleistung Rußland für 800 Millionen Goldfranken Sachleistungen aus Deutschland garantiert. Weiter hat Rußland im Grundloß die Berechtigung der französischen Forderung auf Bezahlung der Vorkriegs- und Kriegsschulden in Höhe von 20 Milliarden Goldfrank anerkennen. Rußland würde also Frankreich für ein Leihgericht von 800 Millionen Milliardenansprüche in den Rücken werfen. Ein vortreffliches Geschäft! Doch ganz abgesehen von dieser Unwahrscheinlichkeit, besagt Artikel 116 des Versailler Vertrages: „Die alliierten und assoziierten Mächte behalten ausdrücklich die Rechte Rußlands vor, von Deutschland alle Wiederherstellungen und Wiedergutmachungen zu erhalten, die den Grundrissen des gegenwärtigen Vertrages entsprechen.“ Es bedürfte also zunächst einmal einer einheitlichen Entscheidung der alliierten und assoziierten Mächte, um die Ansprüche Rußlands wirksam zu lassen. Glaubt man in Paris, glaubt man in Moskau ernstlich, daß London und Washington Ja sagen werden, um den sieben Kindern an der Seine und an der Moskwa ihr Zerstörerhandwerk zu erleichtern? Glaubt man ernstlich, daß Deutschland auch nur im entferntesten daran denkt, neue Milliardenlasten auf sich zu nehmen, nachdem das mit Vernunft begabte Ausland eingesehen hat, daß die bisherigen Milliardenlasten genügen, um Deutschland und den Weltmarkt in die fürchterlichste Verwirrung zu bringen?

Die taktisch geschickten Auslassungen eines Kadek, den man im übrigen nie allzu ernst genommen hat, konnte man als die Rettungsversuche eines unentwegten Rurkommunisten in einer für Rußland nicht ganz einfachen Situation verstehen. Der russisch-französische Vertrag dagegen muß die Sowjetregierung dem Gefühl der Welt ausliefern, es sei denn, daß man im Kreml Angst vor dem eigenen Rut bekommen und die Macht dem Flügel ausgeliefert hat, der in der Vernichtung der Menschheit die heiligste Pflicht des Menschen erblickt.

Wie der Vertreter des Ost-Expreß von unterrichteter Seite erzählt, besteht innerhalb der maßgebenden Sowjetkreise tatsächlich ein Gegensatz in bezug auf die Stellungnahme zur Konferenz von Genua. Einer der Hauptführer der radikalen kommunistischen Opposition, Parin, ist in Petersburg eingetroffen, um einen Zusammenschluß der oppositionellen Elemente der Partei zu betreiben. Allerdings sind diejenigen Elemente, die eine Beteiligung Rußlands ablehnen und die Konferenz als Bluff bezeichnen, in der Minderheit. Diese Gruppe, der auch Sinowjew angehört, vertritt den Standpunkt, daß die Sowjetregierung nötigenfalls unerschrocken bleiben müsse, und wirkt in der Presse für den Gedanken, die Genuefer Konferenz zu einer Propagandatriebüne des Weltkommunismus zu machen. Die Vorbereitungen zur Konferenz von Genua liegen indes in den Händen der praktisch-wirtschaftlich orientierten Kommunisten. Die vorwiegende Ansicht in Regierungskreisen geht dahin, daß ein internationales Syndikat zum Wiederaufbau Rußlands zweifellos eine Gefahr bedeuten würde, wenn dieses sich auf einen Verband der Großmächte stützen und von der Genuefer Konferenz offiziell sanktioniert würde; auch dürfte ein solches Syndikat keinesfalls die Möglichkeit gesonderter Verträge mit einzelnen Staaten und einzelnen Finanzgruppen verschiedener Länder ausschließen.

Das Publikationsorgan der Sowjetregierung „Iswestija“ gibt einer etwas wirren Zuschrift Raum, die Rußlands Anrecht auf Reparationen seitens Deutschland mit einer Revision des Versailler Vertrages vereinigen möchte und einen Teil dieses Reparationsfonds an das deutsche Proletariat zur Förderung des Klassenkampfes abführen möchte, und bemerkt dazu, sie könne sich bei weitem nicht mit allen Ausführungen des Verfassers einverstanden erklären.

Der „Temps“ beschäftigt sich am Mittwoch in seinem Leitartikel mit dem Interview Krassins im „Matin“. Das Blatt demontiert zunächst die Andeutung Krassins, als ob die französische Regierung versucht hätte, durch die Vermittlung von Lord Curzon mit der Sowjetregierung in Verbindung zu treten. Wenn Frankreich vor der Konferenz von Genua derartige Sonderverhandlungen eröffne, so würde es damit eine Verjährwörterdiplomatie betreiben. Alle bisherigen Ausführungen der bolschewistischen Diplomaten seien zweideutig, indem sie vermeiden, auf die Bedingungen einzugehen, unter denen die Beziehungen der Westmächte mit Sowjetrußland wieder aufgenommen würden. Rußland versuche mit Frankreich und wahrscheinlich auch mit anderen Ländern getrennt zu unterhandeln, um diese Staaten gegenseitig zu entfremden. In Genua wird dieses Spiel natürlich unmöglich werden. Die Sowjetregierung sucht sich mit Hilfe der ausländischen Regierungen am Ruder zu halten, ohne aber darauf zu verzichten, die gleichen Regierungen gelegentlich zu stürzen.

Auf der Suche nach den Erzberger-Mördern. Zu den Reibungen über die Verfolgung der Erzberger-Mörder in Ungarn erfahren wir von unterrichteter Seite: Es ist richtig, daß deutsche Kriminalbeamte in Ungarn mit Zustimmung der ungarischen Behörden nach den Erzberger-Mördern Scauz und Lilien gefahren haben. Dabei wurde festgestellt, daß sich die beiden Mörder einige Zeit in Ungarn aufgehalten haben. Aus diesem Anlaß ist die Verhaftung des Stadtrates in Budapest erfolgt. Ob die beiden noch in Ungarn sind, konnte bisher nicht ermittelt werden.

# Calonder über Oberschlesien.

Genf, 15. Februar. (B.Z.) Die Rede des Präsidenten Calonder bei der gestrigen Eröffnung der deutsch-polnischen Verhandlungen, die nuncmehr im Wortlaut vorliegt, ist vor allem von dem Gedanken beherrscht, daß möglichst eine direkte und völlige Einigung zwischen beiden Parteien zu erzielen sei unter Vermeidung des sonst notwendigen Entschusses des Präsidenten. Eine solche vollständige Einigung hält Calonder auf Grund seiner Erfahrungen in Oberschlesien für möglich. Er will dabei ganz von den juristischen Fragen absehen und nicht den Auseinandersetzungen vorgehen, die über den Sinn dieser oder jener Bestimmung in der Entscheidung der Vorkonferenz entstehen können. Er betrachtet das Problem unter dem Gesichtspunkte der praktischen Interessen beider Staaten, und da habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß zwischen den beiden Ländern keine Interessengegensätze bestehen, die so groß seien, um eine Einigung unmöglich zu machen. Im Gegenteil, wenn beide Regierungen durch das Abkommen das Wohlergehen der ober-schlesischen Bevölkerung auf der Grundlage des Friedens und der Gerechtigkeit sichern wollten, dann seien die gemeinsamen Interessen so groß und die einzelnen Gegensätze so bedeutungslos, daß sich eine vollständige Uebereinstimmung ergeben müsse. Die völlige Einigung, führte Calonder weiter aus, sei nicht nur im Interesse der ober-schlesischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der künftigen deutsch-polnischen Beziehungen wünschenswert, denn durch das Abkommen sei eine neue Ära eröffnet.

Er sagte weiter: es wäre ein gewaltiger moralischer Gewinn und eine große Ermutigung für alle Beteiligten, wenn das Abkommen zu einer ersten Rundgebung des Friedensgeistes, der Veröhnung und gegenseitigen Vertrauens zwischen Deutschland und Polen werden könnte.

Wie weiter gemeldet wird, schlossen sich die deutschen und polnischen Bevollmächtigten den Wünschen des Präsidenten Calonder an. Reichsminister a. D. Schiffer dankte dem Präsidenten und seinen Mitarbeitern vom Völkerverbundsekretariat und vom Internationalen Arbeitsamt für ihre Tätigkeit in Oberschlesien. Er erklärte sich mit den moralischen Grundlagen der Verhandlungen, die Calonder skizziert hatte, einverstanden, aber wichtige Fragen seien noch zu regeln. Die deutsche Regierung werde jedenfalls alles tun, was in ihrer Kraft stehe, um zu einer Einigung zu gelangen zum Wohle Oberschlesiens und innerhalb der durch die materiellen und idealen Lebensinteressen des deutschen Volkes gezogenen Grenzen. Aber es dürfe bei den Verhandlungen niemals vergessen werden, daß es sich neben Oberschlesien auch um die Beziehungen zwischen beiden Nationen handele.

Der polnische Bevollmächtigte Dijasowski wies seinerseits darauf hin, daß noch wichtige Fragen zu erledigen seien und erklärte, daß die Beruhigung der Geister in Oberschlesien die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Polen anbahnen werde.

# Holland und die deutschen Krisenmacher.

Haag, 15. Februar. (B.Z.) Die holländische öffentliche Meinung äußert sich erstaunt über die deutsche Undankbarkeit, die nach glücklich beendeter Eisenbahnreise abermals eine Reglerungskrise hervorruft. Die Presse meint, daß die äußerste Rechte und die äußerste Linke trotz entgegengelegter Ziele leider wieder einmal zusammengingen, obwohl nach Meinung des „Rotterdamischen Courant“ und anderer Blätter die Rechtsparteien nur im Trüben zu fischen wünschten. Mit Rücksicht auf das außenpolitische Prestige des gegenwärtigen Kabinetts hofft man, daß der gesunde Menschenverstand in Deutschland doch noch überwiegen werde, da andernfalls nur Frankreich aus der Situation Vorteil habe.

# Smets verurteilt.

Brn, 15. Februar. (B.Z.) In dem heute vor der Strafkammer anstehenden Beleidigungsprozeß gegen den Redakteur der „Rheinischen Republik“ Smets lehnte der Vertreter des Angeklagten sämtliche Richter des Kölner Landgerichts, insbesondere die der dritten Strafkammer, ab. Dieser Antrag wurde als unzulässig und unbegründet verworfen. Das Urteil, das am 18. Uhr gefällt wurde, lautete auf drei Wochen Gefängnis. Eine Geldstrafe erschien infolge des ausbleibenden Inhalts des in Frage kommenden Artikels ausgeschlossen. Strafmäßig kam die bisherige Unbeholfenheit des Angeklagten in Betracht. Der Verteidiger hat gegen das Urteil Revision angemeldet.

# Genua und die Kleine Entente.

Rom, 15. Februar. (B.Z.) Die Nachricht, daß der hochschonawische Gesandte in Rom dem Auswärtigen Amt eine Note übergeben hätte, um im Namen der Kleinen Entente einen Aufschub der Konferenz von Genua um drei Wochen zu beantragen, entbehrt nach Mitteilung unterrichteter Kreise jeder Begründung.

# Wohin geht Frankreich?

Paris, 15. Februar. (B.Z.) Caillaux veröffentlicht unter dem Titel „Wohin geht Frankreich? Wohin geht Europa?“ ein neues Buch, in dem er einen Vergleich zwischen der europäischen Wirtschaftslage im Jahre 1914 und der im Jahre 1921 zieht. Er beschäftigt sich in seiner Studie weiter mit der besonderen wirtschaftlichen und politischen Lage Frankreichs.

# Der Weltgerichtshof.

Haag, 13. Februar. (B.Z.) Heute nachmittag fand die feierliche Eröffnung des permanenten internationalen Gerichtshofes statt.

# Die Aussperrung in Dänemark.

Kopenhagen, 15. Februar. (B.Z.) Die angekündigte große Aussperrung ist gestern abend in Kraft getreten. Sie umfaßt über 100 000 Arbeiter, dazu kommen etwa 90 000 Arbeitslose. Die Bereinigung der Arbeitgeber hat eine Reihe weiterer Aussperrungen für solche Betriebe angekündigt, die bisher nicht betroffen waren. Die Arbeiterorganisationen ihrerseits kündigten den Streik für eine Reihe von Unternehmen an, die von der Aussperrung ausgenommen waren. Die staatliche Schlichtungschärde machte heute ohne Erfolg den Versuch, die Parteien einander näher zu bringen. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Der „Schlesische Adler“ gehört nach einer Erklärung des preussischen Ministers des Innern zu denjenigen Blättern, deren Fragen der Genuapolitik verboten ist.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Transportarbeiter und die jüngsten Streiks.

Eine außerordentlich stark besuchte Funktionärerversammlung tagte am 14. Februar im Gewerkschaftshaus, um den Bericht über den Eisenbahner- und den in den städtischen Betrieben geführten Streik entgegenzunehmen.

Der Beschlusfähigste Ortmann ging in längeren Ausführungen auf die Entstehung des Streiks der Eisenbahner ein. Der noch der Arbeitsunterbrechung ergangene Erlaß des Reichspräsidenten habe bei allen gewerkschaftlichen Organisationen und Körperschaften einmütige Verurteilung gefunden. Aber ebenso entschiedene Mißbilligung fand die Haltung der Reichsgewerkschaft, die ohne Rücksichtnahme mit den maßgebenden Spitzenorganisationen den die Allgemeinheit so außerordentlich schwer schädigenden Streik beschloß. Der Aufruf des ADGB, — der durch die Haltung der Reichsgewerkschaft und der Regierung notwendig wurde — suchte zu reizen, was noch zu retten war. In Kollegentreffen wurde nun die Ansicht laut, daß der Generalstreik proklamiert werden müsse. Diese Auffassung war irrig, denn der Kampf war schon bei Ausbruch verloren, da er ohne Berücksichtigung aller gewerkschaftlichen Grundzüge eingeleitet worden war. Unsere Telegraphenarbeiter traten zur Unterstützung der Reichsgewerkschaft in den Solidaritätsstreik ein, der auch ohne jede Maßregelung oder sonstige Nachteile für die Kollegen beendet wurde. Inzwischen hatten auch die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer durch Urabstimmung sich für den Streik erklärt, um Verschlechterungen des bestehenden Mantelvertrages abzuwehren. In letzter Stunde rief aber der Magistrat das Reichsarbeitsministerium an, um dem Ausbruch des Streiks vorzubeugen. Eine Verständigung zwischen den Parteien war nicht mehr möglich, weshalb ein Schiedspruch gefällt wurde. Dieser Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums legte die Bestimmungen, über die sich die Parteien in monatelangen Verhandlungen bereits geeinigt hatten, mit sofortiger Wirkung in Kraft, während die streitigen Bestimmungen des Mantelvertrages in alter Fassung bis zum 30. Juni weiter gelten und am 1. März erneute Verhandlungen zwischen den Parteien beginnen sollen. Der Schiedspruch machte es notwendig, eine erneute Urabstimmung darüber vorzunehmen, die jedoch von der Funktionärerversammlung der städtischen Betriebe abgelehnt wurde. Die Spitzenorganisationen lehnten daraufhin die Finanzierung eines Streiks mit der Begründung ab, daß ein Kampfziel nicht mehr gegeben sei. Trotz alledem wurde von der eingeleiteten Streikleitung der Streik beschlossen. So trug auch dieser Kampf schon im Entstehen den Keim des Zusammenbruchs in sich, was schon vorher von den Gewerkschaftsvertretern betont wurde.

Nun ist angetreten, wovor eindringlich gewarnt worden war. Der Ausgang dieses unnützen Streiks würde dennoch besser gewesen sein, wenn die Mitglieder mehr Vertrauen zu den Gewerkschaftsleitungen befunden hätten. Alle Kollegen wären wieder eingestellt worden, wenn der Streikabbruch nach den mit dem Magistrat getroffenen Abmachungen rechtzeitig erfolgt wäre.

Heute versuchten nun die Dienstleiter und Werkdirektoren usw. ihr Mögliches an den Streikenden zu tun, und da machte sich besonders die Straßenbahn unliebsam bemerkbar; sie wurde auch in unliebsame Erinnerung bei den Gewerkschaften bleiben, wenn nicht noch in letzter Stunde eine bessere Einsicht Platz greift. Jetzt sollen eingesezte Schiedskommissionen über die Wiedereinstellung der zurzeit gemachregelten Kollegen entscheiden. Es werde Aufgabe aller gewerkschaftlichen Organisationen sein, kein Mittel unversucht zu lassen, um die Wiedereinstellung sämtlicher Funktionäre und Kollegen zu erreichen.

Die eingehende Diskussion war recht lebhaft und endete mit der Annahme einer Resolution gegen die Maßregelungen. Die Funktionärerversammlung beauftragt die Organisationsleitung im Zusammenwirken mit dem ADGB, den Spitzenorganisationen und der Berliner Gewerkschaftskommission kein Mittel unversucht zu lassen, um die Kollegen wieder in ihr bisheriges Arbeitsverhältnis einzugliedern. Sie verlangt vom Magistrat, sein dem ADGB und den Spitzenorganisationen gegebenes Versprechen, keine Maßregelungen vorzunehmen, trotz des verspäteten Streikabbruchs, dennoch einzuhalten.

Ferner sollen alle im Stadtparlament vertretenen Arbeiterparteien aufgefordert werden, die Wiedereinstellung sämtlicher Arbeitnehmer mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gemeinsam zu unterstützen. Vom Magistrat wird erwartet, daß er keine Rücksicht treibt, sondern den Wünschen auf Wiedereinstellung aller Arbeitnehmer Rechnung trägt.

## Die kommunistische Hellenbauerei im Bauarbeiterverband

Der Deutsche Bauarbeiterverband, Bezirksverein Berlin, hatte zum 14. Februar nach dem „Dresdener Casino“ eine Generalversammlung einberufen, die sich unter anderem mit der Auffstellung von Kandidaten zum Verbandstag, mit den Anträgen zum Verbandstag und der Wahl von Bezirkstagsdelegierten befassen sollte. Zunächst sollten die Proteste gegen die Wahl der neuen Generalversammlungsdelegierten in einigen Bezirken des Vereins behandelt werden. Außerdem sollte der Generalversammlung Mitteilung gemacht werden über die einzuleitenden

Sohnverhandlungen, die das Bezirkskomitee bei Beendigung des Streiks noch während der bis zum 28. März laufenden Lohnperiode in Aussicht gestellt hatte, falls sich eine wesentliche Änderung in den Lebenshaltungskosten zeigen sollte. Zur Erledigung dieser reichhaltigen Tagesordnung kam es indes nicht.

Der Vereinsvorstand hatte, gemäß den Bestimmungen der Vereinssatzung, die Bezirkskomitee rechtzeitig benachrichtigt, daß in der zweiten Hälfte des Monats Januar die Neuwahlen der Delegierten zur Generalversammlung vorzunehmen sind. Die Art und Weise, wie nun in einigen Bezirken, wo eine kommunistische Bezirksleitung besteht, die Wahlen vorgenommen worden sind, zeigt, daß man dort alle gewerkschaftlichen und statutarischen Grundzüge mißachtet hat. In den kommunistischen Fraktionen wurden die Kandidatenlisten vorbereitet und die Rollen im einzelnen verteilt. In den Bezirksversammlungen wurden dann unter entsprechender Zustimmung von Verleumdungen der Vereinsleitung und solcher Kollegen, die den kommunistischen Parolen nicht zugänglich sind, die kommunistischen Delegierten „gewählt“. Ja, man ging sogar soweit, daß man über Vorschläge aus der Mitte der Versammlung gar nicht abstimmen ließ.

Ist es schon an sich mit den Grundzügen der gewerkschaftlichen Organisation unvereinbar, daß eine politische Partei es unternimmt, ihre Mitglieder zu verpflichten, innerhalb der Gewerkschaften selbständige gegen die Gewerkschaften arbeitende Organisationen zu gründen, so übersteigt die im Berliner Verein des Bauarbeiterverbandes nun schon seit einem Jahr geübte Praxis doch alle Grenzen. Die Hoffnung, daß die Kommunisten die zersetzende Tendenz ihrer Sonderbestrebungen mit der Zeit erkennen und mäßigen würden, hat sich nicht erfüllt. Es ist im Gegenteil in letzter Zeit ärger denn je geworden.

Da aus den verschiedensten Bezirken Wahlproteste vorlagen, war die Vereinstagung verpflichtet, die Wahlen zu kassieren und die alte Generalversammlung solange im Amte zu belassen, bis eine ordnungsmäßige Wahl möglich ist. Und da der Vereinsvorstand die Entscheidung über die Proteste vernünftigerweise einem größeren Kollegienkreis unterbreiten mußte, so kam hierfür nur die bisher amtierende Generalversammlung in Frage. Die Kommunisten glauben ja auch im Ernst selbst nicht daran, daß es demokratischer ist, wenn etwa die zu Unrecht gewählten Delegierten in eigener Sache entscheiden würden. In ihrer Fraktion und auch in der von dieser einberufenen öffentlichen Versammlung am 12. Februar wurden indes die auf die geltend gemachten „gewählten“ Delegierten ausdrücklich aufgefordert, in der Generalversammlung zu erscheinen. Diese Weisung ist denn auch befolgt worden. Ein größerer Trupp durchbrach gewaltsam und auf Kommando die am Eingang aufgestellte Türkontrolle und wartete nun der kommenden Dinge. Alle Wohnungen der Türkontrollen, daß nur die geladenen Delegierten Zutritt hätten, blieben unbeachtet. Der Versammlungsleiter ersuchte alle nicht geladenen und nicht zur bisherigen Generalversammlung gehörigen Kollegen, den Saal zu verlassen und sich als Gäste auf die Galerie zu begeben, um eine ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte zu ermöglichen. Auch die dreimalige Wiederholung dieser Aufforderung fruchtete nicht. Es war offenbar die Parole ausgegeben, unter keinen Umständen zu weichen. Auf diese Weise wurde es also unmöglich gemacht, die außerordentlich wichtige Tagesordnung zu erledigen, und die Versammlung mußte abgebrochen werden. Während die kommunistische Fraktion unter sich blieb, verließen alle anderen Kollegen den Saal.

Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften ein derartiges Treiben noch länger über sich ergehen lassen können. Unverzüglich müssen die geeigneten Maßnahmen getroffen werden, um dies zu unterbinden.

## Hausbesitzer und Portiers.

Die Besitzer der Geschäfts- und Industriebücher weigern sich, den Portiers, Heizern und Fahrstuhlbedienten die durch Schiedspruch festgesetzten Löhne zu zahlen, so daß die Arbeitnehmer wiederum gezwungen sind, sich mit dem Eintritt in den Streik zu befassen, um zu den ihnen zugesprochenen Löhnen zu kommen. Das Kapitel ist nicht neu. Es scheint, als haben es diese Hausbesitzer direkt darauf angelegt, immer wieder die Portiers als Brüllknaben zu benutzen, um für sich höhere Mietzuschläge herauszuschlagen.

Der Verband der Geschäfts- und Industrie-Hausbesitzer versendet ein Schreiben an die Presse, daß die Pfortner erneut in den Streik eintreten wollen, „um die Durchsetzung von Lohnhöhungen zu erzwingen“. Die Zuschrift verschweigt, daß die Arbeiter nichts weiter wollen als die Anerkennung des Schiedspruchs. Diese wird verweigert, um Mieterhöhungen zu erzwingen. In dem Schreiben wird mit Prozentziffern operiert, ohne daß irgendeine bestimmte Zahl über die bisher gezahlten und die neuen Löhne genannt wird, die die Herren nicht zahlen wollen. Inzwischen hat man die Entdeckung gemacht, daß die Lohnfrage durch Bewilligung prozentualer Zuschläge zur Friedensmiete überhaupt nicht endgültig zu lösen sei, da überall die gleichen Löhne gezahlt, nicht aber die gleichen Mieten vereinbart würden. Man wird also damit rechnen müssen, daß diese Hausbesitzer außer der Zustimmung höherer Mietzuschläge die Erhöhung der Friedensmieten zur Bedingung machen, um ihren Angestellten Löhne zu zahlen, die sie vor dem Verhungern schützen.

Diesem munieren Spiel kann nur ein Ende gemacht werden, wenn der Demobilisierungskommissar sich darüber klar werden könnte, daß die Not der Geschäfts- und Industrie-Hausbesitzer nicht ganz so groß ist, wie die deren Portiers. Letztere

haben allerdings nach ihren bisherigen Erfahrungen so wenig Vertrauen zu dem „Demo“, nachdem dieser im Dezember die Zahlung von 275 bis 300 M. Wochenlohn als unbillige Härte gegenüber den armen Hausbesitzern erklärt hat, daß sie es als Zeitverschwendung betrachten, sich nach einmal an diese Instanz zu wenden. Diesmal handelt es sich um Löhne von 420 bis 525 M.

Für die städtischen Wohn- und Industriebücher hat die Tarifdeputation des Magistrats den Schiedspruch anerkannt.

Die Portiersektion des Transportarbeiterverbandes ersucht die in städtischen Häusern beschäftigten Kollegen, sich mit Verbandsbuch im Zentralstreikbureau bei Spiegel, Adlerstr. 1, am Koppenplatz, zu melden.

## Ein neues Jugendheim.

Vor einigen Tagen ist im Südwesten Berlins, und zwar in der Velle-Alliance-Str. 7/10, vom Zentralverband der Arbeiter ein neues Jugendheim für die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge eröffnet worden. Das Jugendheim ist ebenfalls aber gekamradtschaftlich hergerichtet. Formen und Farben machen den Raum so heimlich, daß die Jugend sich darin wohlfühlen wird. Der Zentralverband hat sich mit der Schaffung dieses Jugendheimes ein großes Verdienst um die freie Jugendbewegung erworben; mehr wie je ist die Einrichtung solcher Räume notwendig, um die Jugend von den Gefahren, die ihr durch Kino und Tanzsäle drohen, fernzuhalten. Es ist zu hoffen, daß das Heim ein Sammelpunkt für die kaufmännische Jugend Berlins wird und dazu beiträgt, auch geistig die jungen Menschen auf den Lebenskampf vorzubereiten.

## Eine kommunistische Aktion in Leipzig.

Das Leipziger Gewerkschaftskartell hatte zu Monatsende eine Funktionärerversammlung einberufen, die sich mit dem letzten Verlehrsstreik beschäftigen sollte. Zu solcher Funktionärerversammlung sind je nach der Mitgliedszahl der dem Kartell angeschlossenen Organisationen Delegiertenkarten ausgegeben, die auch zur Versammlung zum Eintritt berechneten. Das kommunistische Organ aber hatte sämtliche KPD-Funktionäre und Genossen aufgefordert, die Versammlung zu besuchen. Dieser Parole folgend, erzwangen sich die Anhänger der KPD, den Zutritt zur Versammlung mit Gewalt.

Das Leipziger Kartell sagt darüber in einer Erklärung, die es in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichte: „Die wüsten Prügeleien, die von den Einbringlingen an den Saaleingängen provoziert wurden, sind eine Schande für die Leipziger organisierte Arbeiterschaft. Alle, in der Arbeiterbewegung ergrauten Genossen wurden brutal ins Gesicht geschlagen. Unter diesen Umständen lehnte der Kartellausschuss die Abhaltung der Versammlung ab und beschloß deren Vertagung.“

## Maßregelung Kranker?

In einer Zuschrift an uns beklagt sich ein Arbeiter der Gasmantill in Tegel darüber, daß ihm, als er nach einer Krankheitsdauer von drei Wochen am Montag sein Krankengeld erdab, eine schriftliche Mitteilung vorgelegt wurde, wonach seine Krankengeldzahlung zunächst nur auf die Höchstdauer von sechs Wochen erfolge. Entweder liegt hier bürokratischer Formalismus vor, oder aber ein Verstoß. Kann man sich nicht selber sofort Auskunft verschaffen, muß man sich an seine Organisation wenden, die für Abhilfe sorgt.

Betriebsratschule. Seminar Privatwirtschaft. Die Schule ist heute wegen Kohlenmangel geschlossen.

Gebr. Siemens, Lichtberg. Nachzahlung heute nachmittag 2 Uhr in der Kantine.

Deutscher Bauarbeiterverband. Tagung des Bezirksverbandes im Schiedsgericht. Neue Sachverh. 24-25.

Zentralverband der Metallarbeiter und Feiler. Branchenversammlung am Freitag abend 6 Uhr; der Elektricitätswerte in der Neuen Philharmonie, Rappstr. 26-27; der Pumpen-, Gas- und Wasserwerke im Klubhaus, Rappstr. 2; der Chemischen Industrie im Hotel „Vier“, Lichtberg, Hauptstr. 60. — Bezirksversammlung Sonnabend abend 7 Uhr im Hotel „Vier“, Gültelstr. 38.

Magdeburger Verband der Deutschen Bauarbeiter. Freitag abend 7 1/2 Uhr, Brauerstr. 28a, Prenzlauer Höhe 242 (großer Saal), öffentliche Bauarbeiterversammlung. 1. Tagesordnung und Bauarbeiterforderungen. 2. Proben der Gefahren. Referenten: Witz und Emswitt.

Deutscher Bauarbeiterverband. Die nächste Versammlung der KPD und der Fahrstuhlbedienten ist am Sonntag vormittag 10 Uhr bei Witz, Schiedsgericht. 24.

Deutscher Transportarbeiterverband, Sektion 1. Branche 12. Reichsbahn, Verwaltungsstellen und Reichsorganisationen. Freitag nachmittag 3 Uhr im Schiedsgericht, Neue Sachverh. 24, oberer Saal. Funktionärerversammlung. Tariffragen. Branchenangelegenheiten. Verschiedenes. Erscheinen sämtlicher Funktionäre ist Pflicht.

Verantwortl. für den rebok. Teil: Franz Althe, Berlin-Bücherei; für Anzeigen: H. Glade, Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Gerner u. Co., Berlin. Einband: E. Bierig, eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Solmsstr.“



# HERMANN Billige Lebensmittel

Käse		Kohlrüben Pfund 70 Pl.	
Horzer Käse..... Pfund	14.50	Möhren..... Pfund	1.75
Camembert..... Pfund	6.75	Rote Rüben..... Pfund	1.25
Camembert vollkorn, Schachtel	9.20	Sellerie..... Pfund	5.00
Landkäse..... Stück	4.75	Weisskohl..... Pfund	3.00
Kräuterkäse..... Stück	3.5	Schnittlauch..... Topf	2.75
Sahnenkäse..... Stück	8.00	Maronen..... Pfund	6.00
Brikkäse vollkorn..... Pfund	19.00	Kochbimben..... Pfund	3.50
Limburger Käse... Pfund	26.00	Apfelsinen..... Pfund	8.00
Goudakäse..... Pfund	28.00	Zitronen..... Stück	90 Pl.
Tajelkäse..... Stück	2.80		
Wurstwaren		Leberwurst In Dosen 10 <sup>00</sup>	
Landleberwurst.... Pfund	22.50	je 100 g, 200 g, 300 g, 400 g, 500 g, 600 g, 700 g, 800 g, 900 g, 1000 g	
Rotwurst..... Pfund	20.00	Blutwurst In Dosen 9 <sup>00</sup>	
Große Mettwurst... Pfund	26.50	ausgelesen..... Pfund	
Mettwurst n. Braunschw. Art. Pfd	28.50	Rindfleisch 16 <sup>00</sup>	
Deilkaless-Sülze... Pfund	17.50	In Dosen, eingewogen, Pfund	
Schinkenwurst..... Pfund	34.00		
1920 <sup>er</sup> St. Johanner Steinberg (Rheinhessen) 1/2 Flasche 10 Flaschen			
1917 <sup>er</sup> Dürkheimer Feuerberg (Rheinhessen) 1/2 Flasche 10 Flaschen	17 <sup>50</sup>		165 <sup>00</sup>
1920 <sup>er</sup> Merterter Rosenberg (Mosel) 1/2 Flasche 10 Flaschen			

Leipziger Strasse		Alexanderplatz	
<b>Frisches Fleisch</b>			
Kalbsrücken im ganzen..... Pfund	14 <sup>00</sup>		
Kalbskeulen..... Pfund	16 <sup>00</sup>		
Suppenfleisch..... Pfund	15 <sup>00</sup>		
Schmorfleisch mit Knochen..... Pfund	18 <sup>00</sup>		
Schweinekotelett..... Pfund	24 <sup>00</sup>		
Schweinebauch Prima..... Pfund	24 <sup>00</sup>		
Gehacktes..... Pfund	16 <sup>00</sup>		
Sc. weinieren geboren..... Pfund	8 <sup>00</sup>		
Rinderherzen geboren..... Pfund	11 <sup>00</sup>		
Probleme bis 4 ussera	Qualitätsweine	Prima o. m. P. 20%, Wein- u. Essigzucht. Für die weine 1/2 Flasche 2 Pl. Vergütung	
1917 <sup>er</sup> Oberamm l. ar Schockberg } Original- 100% Weine			
1917 <sup>er</sup> Wittlager Kioslerberg } Original- 100% Weine			
naturlich 3/4 Flasche	36 <sup>00</sup>	10 Flaschen	340 <sup>00</sup>
Deutscher Weinbrand 1/2 Flasche 10 Flaschen			62 <sup>50</sup>

Gebr. Gerste Pfund 6 <sup>50</sup>		Wild	
Nudeln..... Pfund	10.50	Hirschfleisch .. Pfund von	12.00
Weizengröss..... Pfund	8.00	Gebr. Kaninchen .... Pfund	6.00
Maismehl..... Pfund	6.00		
Rangoon-Bohnen... Pfund	4.25	<b>Margarine</b> .. Pfund	22 <sup>50</sup>
Grüne Erbsen..... Pfund	5.75	Marmelade..... Pfund	6.75
Viktoria-Erbsen..... Pfund	6.50	Pflaumenmus..... Pfund	7.50
Hajerlodgen..... Pfund	6.00	Preiselbeeren..... Pfund	8.00
Backobst..... Pfund	14.00	Rhein. Apfelkraut .. Pfund	12.00
Kaffee-Ers.-Misch. 10% Weine	13.00	Kunsthonig..... Pfund-Paket	6.80
		Fische, Räucherw.	
<b>Bohnen</b> mit Schweinefett .. Dose	3 <sup>50</sup>	Grüne Heringe grosse. Pfund	4.95
<b>Heereskost</b> .. Dose	10 <sup>50</sup>	Längfisch koplos, im ganz. Pfund	5.90
amerikanische .. Dose		See achs opus, im ganz. Pfund	5.90
<b>Wurstfett</b> .. Dose	42 <sup>00</sup>	Goldbars .. Pfund	5.90
Dose zuka 50. Gramm. .. Dose		Salzheringe..... Stück	95 Pl.
		Grosse Bücklinge .. Pfund	10.00
1919 <sup>er</sup> Nierstein (Rheinhessen) 1/2 Flasche 10 Flaschen			
1919 <sup>er</sup> Brauneberger (Mosel) 1/2 Flasche 10 Flaschen	22 <sup>50</sup>		200 <sup>00</sup>
1919 <sup>er</sup> Weinheimer Berg (Rheinhessen) 1/2 Flasche 10 Flaschen			

Not und Tod einer Heimarbeiterin.

Brautkränze um Hungerlöhne.

Trotz allen Bemühungen, die Lage der Arbeiterklasse zu bessern, wechelt besonders in der Heimarbeit sich noch unfähig viel Not und Elend dem forschenden Blick. Scharen von Frauen, die im eigenen Heim in mühseliger Arbeit ihr tägliches Brot verdienen, halten sich nach jeder gewerkschaftlichen Organisation fern. Oft fehlt der „sich um nichts kümmernden“ Heimarbeiterin überhaupt das Verständnis dafür, wie erbärmlich der Lohn ist, mit dem sie sich abfinden läßt. Und nur selten dringt an die Deffinitivität, wie in dieser Zeit allgemeiner Teuerung die Darbende leidet.

Langsam verhungert!

Wir erhalten Kenntnis von dem traurigen Los zweier schon im vorgerückten Alter stehenden Heimarbeiterinnen, die bisher für Brautkränze künstliche Wirtshen angefertigt haben. Zwei Schwestern sind es, beide unverheiratet geblieben und beide alt geworden im harten Ringen um den Hungerlohn, mit dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollten. Vor einigen Tagen hat für die eine der Schwestern das Elend ein Ende genommen: vom Leben hat der Wohlhüter Tod sie erlöst. Der zur Beichte gerufene Arzt konnte die Todesursache nicht ohne weiteres feststellen, so daß zum Zwecke behördlicher Ermittlung die Leiche dem Schauhause zugeführt werden mußte. Er äußerte aber sein Befremden über den ganz ungewöhnlich schlechten Ernährungszustand, den er an der völlig abgemagerten Toten bemerkte. Für wahrscheinlich hält er, daß die darbende Heimarbeiterin an langsame Verhungierung zugrunde gegangen ist.

Selbstverständlich wird kein Arzt schwarz auf weiß behaupten dürfen, daß jemand „Hungers gestorben“ sei. Die amtliche Liste der Todesursachen kennt keinen „Hungertod“, so daß es schwer wäre, einen Verhungerten „ordnungsgemäß“ zu buchen. Wenn eine Heimarbeiterin ein Leben hindurch hunger gestitten hat, so kommt schließlich einmal eine regelrechte Krankheit, nämlich eine glatte Grippe, eine Lungenerkrankung, eine Herzerkrankung — und sorgt dafür, daß die Gestorbene in der Liste ihre richtige Stelle findet.

Dreißig Mark Wochenlohn.

Erst der Tod hat die Aufmerksamkeit auf die Notlage der beiden Schwestern gelenkt und hat weitere Kreise bekannt werden lassen, was für ein „Leben“ die beiden geführt haben. Bei täglich etwa zehnstündiger Arbeit haben sie nicht mehr als 30 Mark pro Kopf und Woche, beide zusammen 60 Mark pro Woche verdient, so versichert uns die überlebende Schwester aufs bestimmteste. Ebenso bestimmt versichert sie, daß ihnen keine anderen Einnahmen aus irgendwelchen Unterstellungen zugeflossen seien. Was soll man heute für 60 Mark kaufen, wenn zwei eine Woche hindurch davon leben müssen? Ja, der zur Beichte gerufene Arzt wird schon das richtige getroffen haben, als er langsame Verhungierung annahm.

Hilfe, die zu spät kam.

Wir haben, als wir von der traurigen Angelegenheit erfuhren, die überlebende Schwester in ihrer elenden Behausung aufgesucht. Das Zimmer war ungeheizt, ungeheizt auch die Küche, und beide Räume waren aufs dürftigste mit geringem und abgenutztem Hausrat ausgestattet. Begreift die Darbende so recht, wie jammervoll es ihr geht? „Freiwillig“ sagte sie vor sich hin, fast wie im Selbstgespräch: „Ach, die Reichen haben es doch besser!“ Mit Ausbrüchen der Dankbarkeit wies sie dann auf Holz hin, das eine Hausbewohnerin ihr geschenkt hatte. „Jagt bringen sie mir auch zu essen, seit die Schwester tot ist,“ sagte sie; „ich friege ja jetzt soviel, daß ich gar nicht alles aufessen kann!“ Sie zeigte uns die Spenden, aber es waren keine großen Vorräte, und nur zu roch wird sie merken, daß sie „alles hat aufessen können“.

Mühselige Arbeit fleißiger Hände.

In der kalten Küche stand der Tisch, an dem sie ihre Arbeit macht. Wisst Ihr, was das heißt, mit froststarrten Fingern die Wirtshen für die Brautkränze anzufertigen? Ein kurzes Stück dünnen Drahtes wird mit grünem Seidenpapier umwickelt

und an diesen Stengel werden vierzehn winzige Wirtshenblättchen aus Papier einzeln mit einem dünnen Holzbohrer durch Umwickeln der Knapp einen Millimeter langen Stängel befestigt. Für 60 Dutzend fertig beblätterter Stengel, die dundendweise gebündelt sein müssen, gibt es 20 Mark, das macht eine ganze Mark für 36 Stengel, deren Anfertigung samt allen Nebenarbeiten zwei Stunden erfordert. Dazu kommt der Feltverlust bei Ablieferung der fertigen Arbeit an den Arbeitgeber, der aus den gebündelten Stengeln durch andere Arbeiterinnen die Brautkränze zusammenfügen läßt. Nur ungern verschweigen wir den Namen dieses Arbeitgebers, der Heimarbeiterinnen so schamlos ausbeutet. Doch wir müssen den Wunsch der überlebenden Schwester erfüllen, die weiter für ihn arbeiten will und ihr Hungerdost zu verlieren fürchtet.

Ist es aber nicht ein grimmiger Hohn, daß ausgerechnet Brautkränze von Heimarbeiterinnen für solchen Hungerlohn angefertigt werden? Hört es, Ihr Bräute, die Ihr mit künstlichen Wirtshenkonen Euch schmückt! Auch Ihr habt ja nicht viel in die Suppe zu trocken, darum müßt Ihr mit einem die natürliche Wirtshen vortäuschenden papiernen Nachwert Euch begnügen. Doch habt Ihr bisher gewußt, wie jammervoll die entlohnt werden und leben, die Euren Brautkränzen anfertigen? Ach, wie oft mag das gealterte Mädchen, die alte Heimarbeiterin, bei träbem Lampenlicht über die mühsame Arbeit gebeugt, sich gefragt haben, wessen Haupt wohl der Kranz zieren wird, zu dem sie die Wirtshenstengel liefert! Wie oft mögen Jugenderinnerungen in ihr wach geworden sein, wenn die sinnende Phantasie ihr das jugendliche Mädchen zeigte, das zu des „Lebens schönster Feiertag“ sich rüstete! Aber wie leicht hat niemals eine glückliche Braut, wenn der Kranz ihr aufgesetzt wurde, sich die Frage durch den Sinn gehen lassen, wessen fleißige Hände den grünen Schmuck gegen täglichsten Lohn hergerichtet hatten. „Lieblich in der Braute Boden spielt der jungfräuliche Kranz.“ Im kalten Stübchen liegt auf elendem Bager tot die alte Heimarbeiterin, die nie selber einen Brautkranz trug, aber hungernd so vielen die Wirtshen bereitzete.

Berlin muß sparen.

Einschränkungen auf allen Gebieten.

Der Berliner Magistrat beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit den wachsenden Schwierigkeiten der städtischen Finanzlage. Die immer mehr steigenden Kosten der Stadt zwingen zu außerordentlichen Maßnahmen, selbst wenn sich daraus Opfer für den einzelnen und die Gesamtheit ergeben. Die Beratung führte zu einer Reihe grundsätzlicher Beschlüsse.

Zunächst wurde beschlossen, die Fortführung der Arbeiten an der Nord-Süd-Bahn und an der Reutlinger Industriehahn auf die zur Erhaltung der Anlagen notwendigen einzuschränken. Die Straßenbeleuchtung soll um 10 Proz. eingeschränkt werden, in Alt-Berlin und Charlottenburg um 20 Proz. Auch die Straßenreinigung soll eingeschränkt werden, ebenso sollen künftig die städtischen Gebäude und Schulen wöchentlich nur einmal gereinigt werden. Die Arbeitszeit der städtischen Bureaus wird entsprechend dem Entschluß der Stadtverordnetenversammlung auf 8 Stunden täglich herabgesetzt. Die beteiligten Verbände sollen vorher angehört werden. Die zentralen Dienststellen und die Bezirksämter sollen dreigliedrige Beamtenauschüsse einsetzen zur Nachprüfung des Personalbedarfes an geeigneten Stellen der Verwaltung mit wachsender Befugnis zur Anordnung einschränkender Maßnahmen. Die überzähligen Lehrkräfte für Vertretungen sollen nach festem Plan eingeschränkt werden. Die allgemeine Ermäßigung bei der Schanksteuer soll aufgehoben und die Vollsteuer-

erhöht werden. Von den wirtschaftlich am ungünstigsten arbeitenden Gütern sollen zunächst fünf alsbald verpackt werden. Schließlich wurde auch die Frage der Einschränkung des Straßenbahnverkehrs infolge der 100prozentigen Lohn-erhöhung an Wochenfeiertagen und der 20prozentigen Lohn-erhöhung an Sonntagen, die gemäß Beschluß des Reichsarbeitsministeriums bis zum 30. Juni er. beibehalten werden soll, besprochen. An diesen Tagen wird der Verkehr vorläufig um etwa 50 Proz. eingeschränkt werden.

Neuzeitliche Foltermethoden.

Untersuchungshaft zur Erzielung eines Geständnisses.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Weidling fanden sechs frühere Pokausheifer und -ausheiferinnen unter der Anklage der Amisunterschlachtung. Die Angeklagten haben aus den bei der Postanmeldestelle lagernden Sendungen verschiedene Gegenstände an sich gebracht. Während die Hauptklägerin, die inzwischen in Geisteskrankheit verfallene Pokausheiferin Wresenhof sofort eine große Reihe von Verurteilungen erlitt und mit Rücksicht auf dieses Geständnis auf freiem Fuß verblieb, wurde eine von ihr beizuhilfende Ausheiferin, wie in der Verhandlung festgestellt wurde, fünf Tage lang in Gemeinschaft mit mehreren Straßenbirnen in eine Zelle eingeschlossen. Als ihre Bekannten sich am vierten Tage nach ihrem Verbleib erkundigten, soll der vernehmende Kriminalbeamte erklärt haben, sie sei nunmehr endlich zusammengebrochen und werde ohne Zweifel morgen ein Geständnis abgeben; dann würde ihrer Entlassung nichts mehr im Wege stehen. Am fünften Tage hatte ein Besucher eine Unterredung mit ihr, in der er sie beschwor, doch um alles in der Welt etwas zuzugeben, damit sie endlich erlöst würde. — Im Termin kritisierte Rechtsanwält Dr. Harry Vincus, der ihre Verteidigung führte, das Verfahren als ein ungeheuerliches mit scharfen Worten, da es sich dem Wesen nach mit den Foltermethoden der mittelalterlichen Inquisition vollständig decke. Der Vorsitzende erklärte denn auch bei der Urteilsverkündung ausdrücklich, daß dieses Geständnis auf einem durchaus unzulässigen Wege zustande gekommen sei. In der Sache selbst erkannte das Gericht auf die gesetzliche Mindeststrafe von je drei Monaten Gefängnis und gewährte den Angeklagten die bestmögliche Begnadigung. — Die Frage wäre noch zu beantworten, was mit dem Kriminalbeamten geschieht, der dergleichen Foltermethoden so krupellos in Anwendung bringt.

Das Schicksal einer Goldkiste.

Die goldene Zigarettenkiste des Amerikaners, die die hiesigen Gerichte schon mehrfach beschlagnahmt hat, fand jetzt wiederum im Mittelpunkt einer umfangreichen Verhandlung. Wegen Hehlerei waren der Schneidermeister Siegmund Bleiwiesch-Bloch und fünf andere Personen — ein Uhrmacher, ein Brillenhändler und drei Kaufleute — angeklagt. Ein amerikanischer Großindustrieller hatte von der Stadt Baltimore die besagte Goldkiste, die nach dem heutigen Stande des Goldpreises einen Wert von 100 000 Mark repräsentiert, als Ehrengabe erhalten und auf ihrem Deckel war eine entsprechende Widmung eingraviert. Ein untreuer Diener des Großindustriellen hatte die Goldkiste, in der sich auch noch zu wesentlichen befinden sollen, gestohlen und sie an einen Matrosen verkauft. Von diesem erwarb sie auf dem Schiffe ein Bruder des Angeklagten Bleiwiesch, und so kam der gelbene Schatz nach Deutschland. Hier ist er durch die Hände der Angeklagten gegangen und schließlich dem Angeklagten Bleiwiesch für 14 000 M. erworben worden. Die Widmung auf der goldenen Kiste war schon vorher beseitigt worden. — Die Verhandlung endete mit der Freisprechung der sämtlichen Angeklagten, bis auf den Angeklagten Bleiwiesch, dessen Sache abgetrennt werden mußte, da sich die Notwendigkeit ergab zu prüfen, ob der § 51 StGB. bei ihm in Anwendung zu bringen ist. — Die Goldkiste wird nunmehr dem Bestohlenen wieder zugestellt werden.

Der Kampf gegen den Lesehund.

Heranziehung der Geschäftswelt zur Mitarbeit.

Die Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Berliner Ausschusses zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur, dem

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun.

„Über lieber Doktor!“ — hat Hjartermer und folgte ihm mit ausgestreckter Hand.

Eglt wandte sich zornig zu ihm um. „Und solch ein Geschöpf sagen Sie davon!“ sagte er, die Hände in die Seiten gestemmt. — „Sie wissen ja selbst nicht, was Sie tun!“

Es bedte um Hjartermers Mund, er blickte zur Seite und flüsterte tief bewegt:

„Wenn Sie wüßten, wie es mich geschmerzt hat!“

Der Doktor sah ihn eine Weile an. Dann sagte er in mildem Ton:

„Das ist Ihre einzige Entschuldigung, Hjartermer! — Wenn Sie nicht so viel von ihr hielten — dann wäre Ihre sittliche Entrüstung kaum so groß!“

„Rein — das ist es eben!“ sagte Frau Helwig stark und warm.

„Aber das wissen Sie selbst nicht!“ fuhr der Doktor fort, ohne ihren Einwurf zu beachten. — „Sie kennen überhaupt nicht Ihre eigenen Gefühle! — Denn Sie haben keine natürlichen Instinkte, will ich Ihnen sagen. Und die, mit denen Sie geboren wurden, sind in der Entwicklung erstarrt worden, erst durch Verdrößer und Schulzwang und später durch das, was sich schickte, durch Ordnung und Gesetz und Sitte und was der Teufel sonst noch alles erfinden hat!“

Er hielt einen Augenblick inne, um Luft zu schöpfen. Dann schlug er die dicken, behaarten Hände zusammen und fuhr fort:

„Und solche Art Leute wie Sie sieht man dazu ein, das lebendige Leben natürlicher Menschenkinder zu richten! — Rein, wir bitten um Selbsthilfe! — Selbsthilfe im weitesten Maßstab; und Sie sollen sehen, wie tadellos Natur und gesunde Vernunft das Ganze regulieren werden.“

Es klopfte.

Frau Helwig sah sich hastig um.

„Hut es nicht geklopft?“

Sie lauschten alle. Da klopfte es wieder — ein wunderlich unbestimmtes, hilfloses Klopfen.

„Das war an der Barandatur!“ sagte Doktor Eglt und trat ans Fenster.

Der Mond war noch Nordwest gegangen; er reichte nicht mehr ins Zimmer hinein, aber draußen im Garten lag noch sein alterndes Licht.

Als Doktor Solt den Erker erreichte, tauchte ein dunkle Gestalt hinter der Glasstür auf und verdeckte das Mondlicht.

Frau Helwig fuhr zusammen.

„Da!“ — sagte sie und zeigte auf die Glasscheibe.

Hjartermer trat einige Schritte vor:

„Wer ist da?“

Im selben Augenblick öffnete Doktor Solt die Tür.

„Kasper!“ rief Frau Helwig und sah starren Blickes zur Tür.

Kasper blieb in der Türöffnung stehen und stützte sich gegen den Pfosten, als könne er sich kaum aufrecht halten. In der einen Hand hielt er den Stock und die Wirtshen, in der anderen einige Papiere, die stark zerrnittert waren. Das graue, verstaubte und zusammengeklebte Haar hing ihm über die mit zahllosen Furchen durchzogene Stirn, und die kleinen, braunen Augen starrten matt aus dem verzerrten Gesicht mit dem fleischigen Rinn.

„Nehmen Sie Ihre Holzpantoffeln aus,“ sagte Doktor Solt, „und kommen Sie herein.“

Soldaten-Kasper entsiedigte sich umständlich seiner Schuhe, Dann machte er einige Schritte ins Zimmer hinein und verjuchte vergebens den Rücken zum Honneurmachen auszuframmen.

„Was wollen Sie hier — zu dieser Zeit?“ fragte Hjartermer.

„Mich beim Amisvorsteher melden!“ brachte er mühsam hervor, während alle Falten seines Gesichtes in Bewegung gerieten.

„Hätten Sie damit nicht bis morgen warten können?“ fragte Hjartermer ärgerlich.

Kasper antwortete nicht. Er stützte sich gegen den Stock, um sich aufrecht zu halten, während sein Kopf auf die Brust herabsank.

„Was haben Sie dann ausgestoffen, Sie Romade!“ fragte Doktor Solt und schlug ihm ermunternd auf die Schulter.

„Heraus mit der Sprache, Mann!“

„Ach habe den alten Hilde erschlagen und ihm seine Brief-tasche weggenommen,“ sagte er, ohne aufzusehen.

„Sie haben —“

Der Doktor zog sich unwillkürlich einige Schritte von ihm zurück. Frau Helwig aber, die kein Auge von dem schlaffen, verzerrten Gesicht vermindert hatte, beugte sich vor und fragte:

„Wer hat Ihnen Brantwein gegeben?“

„Seht erst ich Kasper auf. Seine matten Augen richteten sich mit dem hilflos demütigen Blick eines todtranken Hundes auf sie.“

„Es war nicht der Brantwein! — Denn Stine hat mir nur drei kleine Schnäpse gegeben.“

Endlich gelang es ihm, sich zusammenzunehmen; er wandte sich zu Hjartermer und reichte ihm die Papiere, die er in der linken Hand hielt.

„Bitte, Herr Amtsvorsteher!“

„Was ist das?“

„Das ist die Brieftasche!“

„Das ist ja gar keine Brieftasche!“ sagte Hjartermer, indem er zögernd die Papiere entgegennahm.

„Ree — die hab ich fortgeworfen! — Aber das ist das, was drinnen lag.“

„Weshalb erschlugen Sie den alten Hilde?“ fragte Hjartermer und griff sich an den schmerzenden Kopf.

Kasper zögerte eine Weile. Plötzlich gerieten alle seine Gesichtsmuskeln in Bewegung:

„Wegen einer alten Liebe!“

„Was soll das heißen?“ fragte Hjartermer und betrachtete erstaunt die elenden, verkommenen und vom Trunk verbeerten Züge.

„Es war der unerforschliche Wille des Schicksals, daß er schließlich an seinen Schandtatzen zugrunde gehen sollte.“

„Was hat er Ihnen getan?“

„Es stammte auf in den matten Augen. Er richtete sich auf, und die hellere Stimme kam in Fluß, während er die linke Hand wie zur feierlichen Bekräftigung hob.“

„Jetzt will ich mein Herz öffnen und bekennen, wie das unerforschliche Schicksal mich zum Trunkenbold gemacht hat.“

„Wir danken!“ unterbrach Hjartermer ihn ungeduldig. „Aber der Mord — weshalb haben Sie ihn erschlagen?“

„Weil er mir Christine Hansen weggenommen hat, als ich auf dem Hof diente!“

„Mamsell Berg?“ fragte Doktor Solt.

„Ree! — Sie heißt gar nicht Mamsell Berg — sie heißt Christine Hansen. Und sie war meine Braut, und wir sollten zu Michaeli Hochzeit haben. Aber da warf er seine Augen auf sie. Und er war ja der Gutsherr, und ich hatte schon mal wegen Gewalttätigkeit gefesselt. Und da wurde sie mir unter dem Bilde und des Ansehens wegen — und was es sonst an Uebel gibt!“

Kasper amete tief auf. Jetzt, da ihm endlich die Lippen geöffnet waren, ließ er sich nicht länger Einhalt gebieten. Er mußte alles bis aufs Letzte sagen. Trotz seiner Schamhaftigkeit empfand er es wie eine Bindung, alles zu bekennen — das Bille wie das Gute. Es war, als ob ein altes, verhärtetes Gewissensschwarz aufgegangen sei — es schmerzte und linderte gleichzeitig, die ganze Not aus dem Herzen herauszubringen. Und wie er dastand, den Kopf vornübergebeugt, ohne etwas zu sehen, hörte er seiner eigenen Erzählung zu, als sei er ein Fremder, der sie zum besten gab.

„Und dann fing ich an zu trinken. Und dann ging ich als



# Vorläufiger Reichswirtschaftsrat

Da der gestrige Vollzug des Reichswirtschaftsrates dankte Vorsitzender Cohn den Mitgliedern, die in den Epochenverbänden der Gewerkschaften sitzen und an der schnellen Beendigung des unglückseligen Streiks mitgewirkt haben. Der Vorsitzende gedankt dann der letzten Tagung vorstorbener Mitglieder Professor Ernst Franke und Otto Lewinsohn, deren Abwesen durch Erheben von den Plätzen geehrt wird.

Es folgt der Bericht des wirtschaftspolitischen Ausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Ausfuhrabgabe.

Reichstagsabgeordneter Dr. Hugo begründet einen Antrag der Gruppe 4 (Handel), den Entwurf an den wirtschaftspolitischen Ausschuss zurückzuverweisen, weil angesichts der drohenden schwierigen Lage unter Export nicht eine neue Erhöhung durch erhöhte Abgaben erfolgen dürfte.

Gewerkschaftssekretär Grunzel weist die Schwarzmalerei Dr. Hugos zurück, die nur dem Zweck diene, Zeit zu gewinnen, um noch vor der Erhöhung der Ausfuhrabgabe dem Handel hohe Valutagewinne zuzuführen. Nach weiterer Debatte wird der Antrag Dr. Hugo im Hammelsturm mit 108 gegen 102 Stimmen angenommen.

## Für 100 Proz. Wohnungsabgabe.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für Siedlungs- und Wohnungswesen über den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Danach soll die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Erhöhung der Abgabe von 50 Proz. auf 100 Proz. (50 Proz. für die Länder, 50 Proz. für die Gemeinden) erhöht werden, da es auf Grund der Verpflichtungen des Londoner Ultimatus nicht möglich sein werde, die erforderlichen 6 Milliarden pro Jahr durch Anleihen aufzubringen. Daran schließt sich eine längere Aussprache.

Gumarr (Hausbesitzer) warnt vor zu hohen Zuschlägen und verlangt die Aushebung der Zwangsverwaltung im Wohnungswesen, insbesondere die Freigabe des Wohnungsaufbaues und die Ausweitung der Untermieter. v. Rühlhofen (Arbeitgeber der Landwirtschaft) begründet einen Antrag auf Festsetzung der Abgabe nach der Regierungsvorlage und ersucht die Wiederausführung der von der Landwirtschaft auszubringenden Mittel an das Land.

Döpler (Arbeitnehmer des Baugewerbes) empfiehlt eine beschleunigte Ausbildung von Baufacharbeitern und bemängelt, daß noch immer Bauten errichtet werden, die lange nicht so notwendig seien wie Wohnungen. Die Regierung muß auf den Baustoffmarkt Einfluss gewinnen, um den Wucher mit Baumaterial zu verhindern. Wie stimmen für den Ausschufantrag.

Der Reichswirtschaftsrat stimmt dem Ausschufantrag und mit dieser Wendung der Regierungsvorlage zu.

# Wirtschaft

## Eine neue Periode der Ueberstreckungsgefahr.

Man schreibt uns: Es geht wieder aufwärts an den deutschen Börsen. Die Kurse der führenden Industriepapiere weisen täglich Steigerungen um 50 bis 100 Proz. und darüber auf. Die heutige Hausse unterscheidet sich jedoch in ihren tiefsten Ursachen ganz wesentlich von derjenigen des Vorjahres. Während damals die Kursprünge in der Hauptsache durch die Flucht vor der Mark, d. h. also durch umfangreiche Effektenkäufe inländischer Publikum, hervorgerufen wurden, stehen jetzt diese Kreise dem Treiben noch fern. Besonders die kleinen Kapitalisten haben sich Anfang Dezember 1921 beim Zusammenbruch der Hausse die Finger empfindlich verbrannt und können vorläufig noch nicht recht mitmachen. Diesmal kommt der Impuls von einer ganz anderen Seite. Die Spekulantanten im ausländischen Ausland betrachten im vergangenen Jahre die deutsche Mark als überaus verlockendes Spekulationsobjekt. Sie kauften große Beträge

deutscher Noten und festverzinslicher Papiere. Die erwartete Kurssteigerung der Mark ist jedoch ausgeblieben, und an den Straßenbörsen in Amerika und Holland ist viel gutes Geld verloren gegangen. Nach zuverlässigen Nachrichten aus New York, Amsterdam und Rotterdam hat man dort in der Markspekulation doch ein Haar gefunden.

Den kapitalsträgeren Kreisen des Auslandes bietet aber bei dem jetzigen Stande der Papiermark das Geschäft in deutschen Industriepapieren ansehend große Chancen. Seit einigen Wochen beobachtet man an den deutschen Börsen bedeutende Käufe derartiger Papiere für ausländische Rechnung. Es ist bezeichnend, daß bei den deutschen Bankfirmen zahlreiche Aufträge einlangen, ganze Pakete bestimmter Aktien zusammenzukaufen. Das Ausland beschränkt sich also nicht nur darauf, in deutschen Industriewerten zu investieren, sondern es strebt danach, in diesen oder jenen Gesellschaften die Majorität zu erlangen. In gewissem Sinne könnte man dieses Vorgehen als eine Interessensverflechtung mit dem Ausland bezeichnen und die Hoffnung hegen, daß dadurch in Zukunft auch die Lösung des Reparationsproblems in günstigem Sinne beeinflusst würde. Andererseits ist aber zu bedenken, daß die Kreise, die sich jetzt in den Besitz deutscher Industriepapiere setzen, sehr häufig identisch sind mit den ausländischen Konkurrenten der deutschen Industrie, und daß vielleicht gerade Gründe des Wettbewerbes sie veranlassen, nach entscheidendem Einfluß in den deutschen Verwaltungen zu streben. Die jetzigen Vorgänge verdienen deshalb nicht nur in deutschen Kapitalistenkreisen, sondern auch seitens der Arbeitnehmer ernste Beachtung.

Man hat bisher verächtlich durch Ausgabe von Korrespondenzen mit mehrfachen Stimmgeldern, die in den Händen deutscher Gruppen verblieben, der Ueberstreckung vorbeugen. In vielen Fällen hat sich jedoch dieser Weg als unzuverlässig erwiesen. Ein aetiopter Trost ist es, daß durch das erneut hervortretende ausländische Interesse die Kurse der deutschen Industriepapiere automatisch steigen, und daß dadurch ganz von selbst der Auslauf derartiger Papiere etwas erschwert wird. Für denjenigen, der mit Dollar, Gulden oder Pfund Sterling rechnet, bilden jedoch selbst hohe deutsche Kurse kein großes Hindernis. Es ist gewiß kein Zufall, daß gerade in diesen Tagen an der Londoner Börse im inoffiziellen Verkehr ein früher nie gekanntes sprunghaftes Geschäft in deutschen Industriepapieren, insbesondere oberbayerischen Wertpapieren, stattfindet.

Ein festes Bausgesetz. Die Kapitalerhöhung der Kronprinz Aktiengesellschaft für Bergbauindustrie in Ohlitz bei Solingen ist, wie bereits berichtet, für die Aktionäre ein riesenhaftes Geschenk. Das mit einer alten Aktie verbundene Bezugsrecht wurde nun an der gestrigen Berliner Börse mit 4000 Proz. abhandelt. d. h. das bloße Recht auf den Bezug neuer Aktien wurde mit 40.000 M. bezahlt. Diesen Gewinn streicht der Besitzer einer einzelnen alten Aktie von 1000 M. ein, wenn er kein Bezugsrecht verwerft, sonst selbst neues Kapital einzuzahlen. Tatsächlich er das, so bekäme er für 5200 M. vier neue Aktien. Für 5200 M. die sie erhält, verschafft die Gesellschaft 49.000 M. — Mit diesem Kurs ist der von der Sorotti A. G. ausgesetzte Bezugsrecht für Bezugsrechte, der bei der letzten vor dem Fabrikbrand beschlossenen Kapitalerhöhung mit 5000 Proz. notiert wurde, fast erreicht. Auch ein Beitrag zu dem Kapitel vom notleidenden Aktionäre und von dem durch Steuern bedrohten Betriebskapital der Aktiengesellschaften.

Syndizierung bestrebungen im Kartoffelrodnergewerbe. In der Generalversammlung des Vereins deutscher Kartoffelrodner berichtete Prof. Dr. Parow über die Bestrebungen, das Kartoffelrodnergewerbe zu einem Syndikat zusammenzuschließen; dies ist bisher nicht gelungen, es ist daher vom Verein zunächst ein Wertvertragsverband der Kartoffelrodner errichtet worden, der als Grundlage für den Aufbau des Syndikats dienen soll. Auch über Bestrebungen, die jetzt bestehenden beiden Epigenorganisations des Rodnergewerbes in einem Verband zu vereinen, wurde berichtet und angedeutet, daß die Kartoffelrodner in der Lage des Gewerbes — die Rodnerien liegen bis auf wenige Ausnahmen ganz still — ein enger Zusammenfluß als bringend notwendig erscheint.

## Zur Preispolitik der Gemeinwirtschaftskörper.

Am 9. Februar brachten wir in Nr. 67 des „Vorwärts“ einen Artikel des Genossen Dr. Kurt Gering, der sich mit der Preisbildung in den bestehenden Gemeinwirtschaftskörpern für Kohle und Koks beschäftigte und an Hand von Feststellungen Dr. Eduard Heimanns darauf hinwies, wie in den Gemeinwirtschaftsorganen oft eine einseitige Produzentenpolitik getrieben wird. Infolge der Haltung der Arbeitnehmervertreter und der Verbraucher, die den Bestrebungen der Erzeugerunternehmer keinen ausreichenden Widerstand entgegenzusetzen, mußte der Staat eingreifen, um Ausschüßen der Preisbildung entgegenzuwirken, und es entstand so eine behördliche Preisregelung, wo man durch die Selbstverwaltungskörper eine gemeinwirtschaftliche Preisbildung erwartet hätte.

Gegen den Vorwurf, der damit gegen Verbraucher und Arbeitnehmer gemacht wird, nimmt nun Genosse Emil Gierbig in einer Zuschrift an uns Stellung. Genosse Gierbig vertritt im Reichskohlenrat die Arbeiter der Glasindustrie, also eines Gewerbebezuges, der viel Kohle verbraucht und dessen Selbstkosten und Beschäftigungsgrad stark sowohl von der Belieferung mit Kohle wie auch von dem Preisstand des wichtigsten Rohstoffes abhängen. Er schreibt u. a.:

„Ich habe als Mitglied des Reichskohlenrats bei jeder Preisforderung der Grubenbesitzer auf die großen Gefahren aufmerksam gemacht, die eine weitere Verteuerung der Kohlenpreise mit sich bringen. In ganz besonderer Weise habe ich als Verbrauchervertreter stets davon gesprochen, daß besonders für die Industriezweige, die bei ihrer Produktion große und gewaltige Kohlenmengen verbrauchen, die Gefahr besteht, daß sie bei weiteren Preisforderungen nicht mehr konkurrenzfähig sind, zur Stilllegung der Betriebe kommen werden und dadurch eine gewaltige Arbeitslosigkeit entstehen dürfte, die wiederum eine große Gefahr für unser ganzes Wirtschaftsleben bedeutet. Ich habe ferner darauf hingewiesen, daß besonders die Heimarbeiter, die in der Glasindustrie beschäftigt sind, wie alle übrigen Heimarbeiter unter der dann notwendigen Gaspreissteigerung außerordentlich hart leiden und die gewaltigen Preisforderungen für Gas nicht ertragen können. Nicht zuletzt habe ich bei jeder Preisforderung darauf hingewiesen, daß bei den ärmeren Familien im Haushalt die Verteuerung besonders hart wirken muß und damit Not und Elend in weite Kreise der minderbemittelten Bevölkerung eingehen muß. Ich habe endlich auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß schließlich die Grubenbesitzer aus der Lohnsteigerung der Bergarbeiter einen besonderen Nutzen ziehen.“

Schließlich bemerkt Genosse Gierbig, daß die Vertreter des Staates ihre Zustimmung zu der vom Reichskohlenverband und Reichskohlenrat beschlossenen Preissteigerung geben müssen. Nur dann könne die Kohlenpreissteigerung erfolgen. Diese Zustimmung sei aber in den weitaus meisten Fällen erfolgt.

Was die Haltung des Staates angeht, so erklärt sie sich schon daraus, daß er sein Betrecht nicht ununterbrochen ausüben konnte, ohne mit den politischen Gruppen, die für die Preissteigerung stimmten und sich aus allen Parteien zusammensetzten, in Konflikt zu geraten. Oft genug hat er gegen den Widerstand der Interessenten die Preisbewegung gebremst, oft hat er widerwillig nachgeben müssen, wo seiner Meinung nach die Preisforderungen ungeeignet waren, oft aber hat auch er der allgemeinen Geldentwertung Rechnung tragen und den durch sie begründeten Preissteigerungen seine Zustimmung geben müssen.

Die Haltung des Genossen Gierbig im Reichskohlenrat ist uns bekannt. Er für seine Person hat protestiert und gegen Preissteigerungen gestimmt. Er hat aber niemals bei den Arbeitnehmern des Kohlenbergbaus wie bei den übrigen Verbrauchern diejenige Unterstützung gefunden, die auch nur das Wort einer geschlossenen Gruppe gegen die Preisforderungen der Unternehmer möglich gemacht und so der Regierung den Rücken gestützt hätte. Als Ganzes haben also die Gemeinwirtschaftsorgane nicht das geleistet, was von ihnen zu erwarten war. Das gilt es jetztzustellen, und diese Feststellung wird auch durch die anerkanntswerte Haltung des Genossen Gierbig, der nur in vereinzelten Fällen auch von anderen Arbeiter- und Verbrauchervertretern gestützt wurde, nicht berührt.

Dr. KAVANA, Berlin n. Spd.  
42. W. A. Kreuzberg,  
Unter Genosse  
**Otto Brun**  
Bild- u. Schrift- u. Z.  
14. verstorben. Seine  
Zunehmung erfolgt  
am 18. d. M. mittags  
12 Uhr im Krematorium  
Baumschuleweg  
14/15. Grabstein.

**Dauftagung.**  
Für die vielen Beweise des Mitgeföhls bei dem  
Tode meines lieben Mannes und unseres guten  
Vaters  
**Adam Drunsel**  
Bitte mit Biederich unseren herzlichsten Dank  
mitzutragen.  
Berlin, den 15. Februar 1922.  
**Eugenie Drunsel und Kinder.**

**Bandwurm Spul- und  
Madenwürmer**  
diese Parasiten entziehen dem Körper die  
besten Säfte, der Mensch wird mager,  
nervös, elend und schläft schlecht. Kinder  
und blutarme Frauen u. Mädchen, Kranke  
und Blutsüchtende, sowie nervöse Per-  
sonen usw. leiden in den meisten Fällen  
an Eingeweidewürmern, erkennen aber ihre  
Krankheit nicht. Ob Sie etwas dagegen  
unternehmen, verlangen Sie Auskunft  
gegen eine Mark in Rollenform.  
**Keine Hungertur!**  
**Wurm-Rose, Hamburg 11a 144**

**Verstopfung?**  
Verhütet das altbewährte, sicher wirkende  
**Laxin-Konfekt**  
Bestandteile: Phenolphthal 0.12, Apfelmark und Zucker.  
— Feinster Fruchtbanon — Geschmack —  
— Herzlich empfohlen — überall erhältlich —  
Man achte genau auf den ges. gesch. Namen Laxin-Konfekt.

**Billige Preise für vornehme Winterkleidung**

<b>Schlüpfer, Raglans und Ulster</b> aus erstklassigen Fabrikaten in wundervoll hellen und dunklen Farbstellungen M. 800, 1500, 1200, 1000	<b>800<sup>00</sup></b>	<b>Jackett-Anzüge</b> aus vorzüglichem Stoffen, in neuem Modus, gestreift, kariert und einfarbig, auch Homospun M. 750, 900	<b>450<sup>00</sup></b>	<b>Schwarze u. blaue Cheviotanzüge</b> kl. Gr. M.	<b>380<sup>00</sup></b>
<b>Winter-Paletots</b> aus vorzüglichem Marsingon oder schwarzen Stoffen M. 1250, 1200, 1000, 900	<b>775<sup>00</sup></b>	<b>Jackett-Anzüge</b> aus erstklassigen, Kammgarn- und Cheviotstoffen, in blau und farbigen M. 1000, 1250, 1200, 1000, 900	<b>800<sup>00</sup></b>	<b>Blaue Cheviot- u. Kammgarnanzüge</b> außergewöhnlich billig, kl. Gr. M.	<b>450<sup>00</sup></b>
<b>Ulster</b> aus dauerhaften Stoffen, außergewöhnlich billig M. 400, 350	<b>285<sup>00</sup></b>	<b>Winter-Anzüge</b> aus Manchester od. engl. Leder, mit schwerer Futter, Schutz gegen strengen Frost von M.	<b>390<sup>00</sup></b>	<b>Blaue Cheviotanzüge</b> in sehr guter Qual. kl. Gr. M.	<b>550<sup>00</sup></b>
<b>Knaben- u. Jünglings-Schlüpfer</b> in neuesten Fassons u. schönsten Farbstellungen. Preis je nach Größe und Qualität M. 110 bis 100	<b>260<sup>00</sup></b>	<b>Sport-Anzüge</b> aus Loden- u. Homospunstoffen, in erstklassiger Verarbeitung M. 1200, 1100, 1000, 900	<b>600<sup>00</sup></b>	<b>Blaue Kammgarnanzüge</b> ganz besond. preiswert kl. Gr. M.	<b>650<sup>00</sup></b>
<b>Engl. Offiziersmäntel</b> aus dickem, wasserd. Wollstoff mit woll. Leinwand M. ca. 110 cm lang, in braun, rot, blau, grün, grau, schwarz, weiß, etc.	<b>575<sup>00</sup></b>	<b>Gehrock-Anzüge</b> Modernste Verarbeitung, auch nach Maß. Mäßige Preise.		<b>Blaue Cheviotanzüge</b> in prima Qualität, Ersatz für Maß, kl. Gr. M.	<b>750<sup>00</sup></b>
<b>Amerikan. Mäntel</b> ca. 110 cm lang, in braun, rot, blau, grün, grau, schwarz, weiß, etc.	<b>250<sup>00</sup></b>	<b>Smoking-Anzüge</b> Frack-Anzüge		<b>Blaue Kammgarnanzüge</b> Qualität und moderater Verarbeitung, kl. Gr. M.	<b>950<sup>00</sup></b>
<b>Gummimäntel</b> für Damen und Herren, hochgeschl. und mit Fassen, in guten Qualitäten M. 1200, 1000, 700, 600	<b>450<sup>00</sup></b>	<b>Cutaway u. Weste</b> aus schwarz u. Marsingon Stoffen M. 550, 500, 450, 400	<b>550<sup>00</sup></b>	<b>Farbige Anzüge</b> aus haltbaren Stoffen, kl. Gr. M.	<b>320<sup>00</sup></b>
<b>Bozener Mäntel</b> für Damen und Herren in aller bester Qualität, wasserfest, etc. M. 350, 300	<b>350<sup>00</sup></b>	<b>Herren-Litewken</b> aus Buckskin, Aermel gefüttert, M. 150, 120	<b>110<sup>00</sup></b>	<b>Farb. Kammgarn- u. Cheviotanzüge</b> in dunklen und hellen Farben, kl. Gr. M.	<b>480<sup>00</sup></b>
<b>Winter-Joppen</b> aus festem Lodenstoff, warm gefüttert, Interims- und Sportjoppen M. 600, 500, 450, 300	<b>250<sup>00</sup></b>	<b>Hosen</b> in allen Preislagen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten M. 450, 375, 325, 275, 225, 170, 150, 110, 85	<b>70<sup>00</sup></b>	<b>Homospunanzüge</b> in schönen Farbstellungen und vorzügl. Verarbeitung, kl. Größe M.	<b>580<sup>00</sup></b>
<b>Pelzjoppen</b> mit Kasin gefüttert, M. 500, 400	<b>250<sup>00</sup></b>	<b>Burschen-Anzüge</b> Jackett- u. Sportjoppen, in vielen guten Qualitäten M. 650, 550, 450, 350	<b>250<sup>00</sup></b>	<b>Cheviotanzüge</b> in Größen- u. Noppen-Mustern, kl. Gr. M.	<b>680<sup>00</sup></b>
<b>Fahrpelze</b> mit Kasin gefüttert, M. 600, 450	<b>300<sup>00</sup></b>	<b>Knaben-Anzüge</b> in verschiedenen Fassons und Qualitäten M. 450, 300, 200	<b>150<sup>00</sup></b>	<b>Farbige Anzüge</b> aus besten Qualitäten und in vorzügl. Verarbeitung, kl. Gr. von M. 1200,— bis	<b>760<sup>00</sup></b>
<b>Fahrpelze</b> mit Pelz, Kasin, Aermel wasserfest, innen Kasin gefüttert M. 500	<b>750<sup>00</sup></b>	<b>Herren-Hüte / Chapeaux-Claques / Einsegnungs-Hüte</b> Weisse Oberhemden / Frack-Oberhemden Helle Frack-Westen / Weisse Krawatten			

Jede weitere Größe kostet je nach Quantität 10—20 M. mehr

**Geh- und Sportpelze**

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotagen und anderen Sachen

**BAER SOHN**

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestraße 29-30

**Maccaroni**  
echte, aus reinem Hartweizengrieß

**Leigwaren**  
sind die köstliche Mehlbeise für Jedermann, wohlschmeckend und von hohem Nährwert.  
Großvertrieb durch Bereinigte Deutsche Leigwaren-Fabriken G. m. b. H., Mannheim.

**Eiernudeln**  
aus feinstem Weizenmehl mit Vollei



# Putz die Schuh mit Glycerin



### Theater, Lichtspiele usw.

**Opernhaus**  
Die Zauberflöte  
7 Uhr

**Schauspielhaus**  
Lampyrius  
7 1/2 Uhr

**Deutsch. Theat.**  
Das Abenteuer  
Freitag 7 1/2 Uhr

**Kammerspiele**  
7 1/2 Uhr

**Gr. Schauspielh.**  
Orpheus in der Unterwelt  
Freitag 7 1/2 Uhr

**Theater l. d. Königgrätz. Str.**  
Täglich 7.30 Uhr

**Die wunderlich. Geschichten d. Kapellmeisters Kreisler**

**Komödienhaus**  
Täglich 7.30 Uhr

**Karusell**  
mit Maria Orska  
Joh. Riemann  
Walp. Art. Roberts

**Berliner Theat.**  
Prinzessin Olala  
Emmy Sturm

**Central-Theater**  
Das Defektivmännchen

**Deutsches Opernhaus**  
Friedr. Wilhelmstr. Th.

**Intimes Theater**  
Experiment Nymphenburg

**Kleines Schauspielhaus**  
Reigen

**Metropol-Theater**  
Die Bajadere

**Neues Operettenhaus**  
Königin d. Nacht

**Neues Theater am Zoo**  
Schattensinfonie

**Heuchler**  
Schiller-Th. Charlitz

**Der Snob**  
Schloßpark-Th. Steglitz

**Kleines Haus**  
Der Hahn

**Der Gelbige**  
Großes Haus

**Matryx-Theater**  
Thalia-Theater

**Die Herren von und zu...**  
Theat. am Nollendorfpl.

**Die Ehe im Kreise**  
Theat. des Westens

**Der Tanz ins Glück**  
Stg. nachm. 2 Uhr: Gr. Volkoper

**Lohengrin**  
Th. i. d. Kommandant Str.

**Grüne Felder**  
Wallner-Theater

**Die Spitzenkönigin**  
Walhalla-Theater

**Die Meanderschindame**

**Apollo Theater**  
Rund um die Welt!

**CIRCUS BUSCH**  
Robinson Crusoe

Gewaschen mit **Dixin**

Preis: das Paket M. 4.-

Kriegsanleihe wird zu 84% nur gegen Legitimation in Zahlung genommen.

## Plüsch- u. Pelzmäntel jetzt sehr billig!

Plüschmäntel a. Seidenfutter	980.-	Sealplüschmäntel a. Batte	8475.-
Astrachanmäntel a. Gloriaselde	895.-	Kriemermäntel	1275.-
Echte Pelzmäntel	9300.-	Katzenjacken, echte	2500.-
Reinwollene Jumps	199.-	Reinwollene Strickjacken	375.-
Covercoatmäntel	342.-	Reinwollene Tuchmäntel	585.-
Kostüme	395.-	Gummimäntel für Herren	588.-

Frühjahrs-Modelle: Kostüme, Mäntel in wunderbarer Ausführung sehr preiswert

# Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstraße 37a  
2. Geschäft: Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115

**FOLIES CAPRICE**  
D. Liebeskanapee

**Stettiner Sänger**  
Elite-Sänger

**Casino-Theater**  
Familie Gänselein

**Admirals-Palast**  
Inszenierte im Vorwärts

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 105-114

Heute Donnerstag, 16. Februar 1922:

## Bockbierfest

in den bayr. Alpen  
Wieder voller Betrieb

Groß-Schweineschlachten  
30 bayr. Madl, 8 Kapellen, Einlaß 6 Uhr

**Läuse Wanzen**  
Schwaben, Götze, Holzwanze

Verlangen Sie nur Ecolda

Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

**ED. BERNSTEIN**  
Der Sozialismus einst und jetzt

loeben erschienen  
PREIS 20 MARK

Buchhandlung VORWÄRTS  
SW 64, Lindenstraße 2

**Neue Haut**

erschaffen durch die Umgebungs- und die echten Vates-Phosphorsäure

**Schlechterwerke**  
Peter Schlechter  
Markgrafenstraße 27  
Ecke Krausenstr.

**Verkäufe**  
Auf Veranlassung...

**Möbel**  
Wohnzimmer, Schlafzimmer...

**Musikinstrumente**  
Pianos, Klaviers...

**Kaufgesuche**  
Schallplatten, alte, gebraucht...

**Verschiedenes**  
Gold, Silber...

**Boten**  
14-16 Jahre alt...

**Schokoladendessert-Drageemeister**

für große Familien, Ausländer- und Schokoladensorten in Großpackungen (Hundert) best. Angebote an Dr. Andreas Szama, Berlin, Reutemühlhof, Schürburg-Ring 52.

**Botenfrauen u. Männer**

werden zu den neuen, leichteren erhöhten Köhnen eingestellt:

**Theater d. Ostens**  
Die Gräfin von Kempinski

**Möbel**  
Wohnzimmer, Schlafzimmer...

**Musikinstrumente**  
Pianos, Klaviers...

**Kaufgesuche**  
Schallplatten, alte, gebraucht...

**Verschiedenes**  
Gold, Silber...

**Boten**  
14-16 Jahre alt...

**Botenfrauen u. Männer**

werden zu den neuen, leichteren erhöhten Köhnen eingestellt:

**politischer Redakteur (SPD)**  
Bewerberinnen mit Angabe der bisherigen Stellung an den Redaktionsstellen der Volkswille, L. Krause, Nikolaitraße 10, Berlin, Angebote unter Nr. 87 an Haupt-Expedition Vorwärts.